

Christoph Bühler

Deutschland im 19. Jahrhundert

Texte für Schule und Studium

Heft 4: Das Deutsche Reich

Heidelberg 2006

Das Deutsche Reich

Die Einigung Deutschlands unter preußischer Führung	204
Preußens Streben nach Hegemonie im Deutschen Bund.....	204
Heeresreform und Verfassungskonflikt in Preußen.....	205
Der preußisch-österreichische Dualismus und der Krieg gegen Dänemark 1864.....	207
Der preußisch-österreichische Krieg 1866	209
Der deutsche Liberalismus in der politischen Entwicklung zwischen 1850 und 1866	211
Der deutsch-französische Krieg von 1870/71	212
Die Gründung des Deutschen Reiches	215
1848/50 und 1866/71: Ein Vergleich	216
Grundzüge der Reichsverfassung von 1871	219
Die „Geburtsfehler“ des Deutschen Reiches.....	220
Die Außenpolitik des Deutschen Reiches 1871 – 1914	222
Zeittafel.....	222
Die Stellung des Deutschen Reiches im internationalen Mächtesystem.....	224
Die Bündnis- und Sicherheitspolitik Bismarcks.....	224
Konferenzen und Verträge 1879 – 1887	227
Dreikaiservertrag	227
(Deutsches Reich – Österreich-Ungarn – Russland, 18. 6. 1881)	227
Weltpolitik im Zeitalter Wilhelms II.....	229
Der Erste Weltkrieg.....	231
Der Erste Weltkrieg – ein Überblick	233
Die Diskussion um die Kriegsziele	234
Sebastian Haffner: "Die sieben Todsünden des Deutschen Reiches im Ersten Weltkrieg"	236

Das Deutsche Reich

Unmittelbar nach dem Scheitern der Nationalversammlung begann Preußen einen eigenen Versuch zur Nationalstaatsgründung, scheiterte aber sowohl am Widerstand Österreichs als auch Russlands.

Zu Beginn der 1860er Jahre ging dann Bismarck, als Ministerpräsident nach Berlin berufen, daran, die nationale Einigung zielstrebig mit einem Kampf gegen Parlament und Liberalismus zu verbinden und so den Nationalstaat auf monarchischer Grundlage zu begründen. Im Verlauf von sechs Jahren konnte er so das Deutsche Reich in der Folge von drei Blitzkriegen, zunächst gegen Dänemark, dann gegen Österreich, schließlich gegen Frankreich, aus der Taufe heben.

Als Reichskanzler verfolgte Bismarck zunächst eine Außenpolitik unter dem Zeichen der „Saturiertheit“, die dem jungen Staat das Vertrauen der Großmächte erwarb. Innenpolitisch führte er jedoch seinen Kampf um monarchische Prinzipien in der Auseinandersetzung mit dem Zentrum und der Sozialdemokratie fort, setzte allerdings mit der Einführung der Sozialversicherung Maßstäbe in der Sozialpolitik.

Nach dem Tod Wilhelms I. entließ ihn dessen Enkel Wilhelm II. in der Auseinandersetzung um Macht und Kompetenzen aus dem Amt und begann eine neue, selbstbewusste Außenpolitik, die allerdings eine Koalition der Abwehr deutscher Machtansprüche ins Leben rief.

Zur Sicherung dieses Machtanspruchs begannen Regierung und Generalität 1914 den Ersten Weltkrieg, der als „Befreiungsschlag“ gegen eine „feindliche“ Einkreisung gedacht war, aber in der Katastrophe des Kaiserreichs endete.

Die Einigung Deutschlands unter preußischer Führung

Zeittafel zur deutschen Einigung

30. 11. 1850	"Olmützer Punktation" mit Österreich
Mai 1851	Wiedererrichtung des Bundestags in Frankfurt
1861	Thronbesteigung Wilhelms I. als König von Preußen Berufung Bismarcks zum preußischen Ministerpräsidenten
1863	Einführung einer neuen Verfassung in Dänemark
1864	Preußischer Sieg über Dänemark, Abtretung Schleswigs und Holsteins
1865	Vertrag von Gastein mit Österreich über die Trennung der Verwaltung in Schleswig u. Holstein
1866	
8. 4.	Bündnis Preußens mit Italien
14. 6.	Beschluss zur Mobilmachung des Bundes gegen Preußen
3. 7.	Niederlage der Österreicher vor Königgrätz
26. 7.	Vorfriede von Nikolsburg
23. 8.	Friede von Prag
1870	
13. 7.	Emser Depesche
19. 7.	Französische Kriegserklärung an Preußen
1./2. 9.	Sieg über die französische Armee bei Sedan
19. 9.	Beginn der Belagerung von Paris
1871	
26. 2.	Präliminarfrieden von Versailles
10. 5.	Friede von Frankfurt

Preußens Streben nach Hegemonie im Deutschen Bund

Preußen hatte sowohl während der Zeit der Nationalversammlung als auch unmittelbar danach unmissverständlich klar gemacht, dass es nicht an einer gleichberechtigten Stellung innerhalb der deutschen

Staatenfamilie interessiert war, sondern eine offenkundige Hegemonialpolitik anstrebte. Mit der Wiedererrichtung des Deutschen Bundes nach der gescheiterten Revolution von 1848/49 kehrte daher auch nur äußerlich das alte, vorrevolutionäre System der zwischenstaatlichen Ordnung in Deutschland zurück.

König Friedrich Wilhelm IV. von Preußen versuchte zunächst, durch Verhandlungen mit den deutschen Fürsten, zunächst mit Hannover und Sachsen ("Dreikönigsbündnis", auch „Erfurter Union“ genannt Mai 1849), einen deutschen Staatenbund unter preußischer Führung zu erreichen. Ein Unionsparlament in Erfurt im März 1850 beriet bereits über den von Preußen vorgelegten Verfassungsentwurf¹. Unter anderem auf russischen Druck hin musste aber dieses Projekt zugunsten der "Olmützer Punktation" (30. November 1850), einem Ausgleich mit Österreich, fallen gelassen werden². Die Wiederherstellung des Deutschen Bundes mit seinem Organ, dem Bundestag in Frankfurt (seit Mai 1851), schrieb dann wieder die österreichische Dominanz fest und hinderte Preußen daran, die angestrebte Gleichstellung mit Österreich zu erreichen. Österreich beharrte auf seinem traditionellen Einfluss in Deutschland und sah den Bund nur als ein Instrument an, um die preußischen hegemonialen Absichten abzuwehren. Die künftige Politik war daher vom österreichisch-preußischen Dualismus, der gegenseitigen Rivalität, geprägt.

Als Piemont-Sardinien unter der Regierung des Grafen Cavour in der italienischen Einigung große Erfolge erzielte, erhielt auch die Frage der deutschen Einigung neuen Auftrieb und wurde mehr und mehr als drängend empfunden.

Heeresreform und Verfassungskonflikt in Preußen

Mit der Thronbesteigung Wilhelms I. als König von Preußen³ (1861, Regent bereits seit 1857/58) begann hier eine "Neue Ära", in der, mit streng konservativem Grundton, sich eine Zusammenarbeit zwischen König und Abgeordnetenhaus anzubahnen schien. Zwar stärkten hier Wahlen die Stellung der Liberalen Partei, doch sollte das Abgeordnetenhaus aus dem Konflikt um die Heeresreform als Verlierer hervorgehen.

Die Heeresreform wurde notwendig, als die Möglichkeit eines preußischen Eingreifens in den italienischen Krieg 1859 diskutiert wurde und sich die großen Schwächen der veralteten preußischen Armee zeigten. Eine Heeresreform sollte nicht nur die Armee der gestiegenen Bevölkerungszahl anpassen, sondern Preußen auch die Möglichkeit geben, seine politischen Ansprüche durchzusetzen.

¹ http://de.wikipedia.org/wiki/Erfurter_Unionsparlament

² Auszug aus dem Vertrag von Olmütz vom 29. November 1850
http://de.wikipedia.org/wiki/Olm%C3%BCtzer_Punktation

³ http://de.wikipedia.org/wiki/Wilhelm_I._%28Deutsches_Reich%29. Kurz bei http://www.preussen.de/de/Geschichte/1861_Wilhelm_I..html. Bilder gesammelt bei http://commons.wikimedia.org/wiki/Wilhelm_I._Friedrich_Ludwig?uselang=de.

Das Abgeordnetenhaus wandte sich nicht prinzipiell gegen die Heeresvorlage, sondern gegen die damit verbundene Stärkung des adligen Offizierskorps und der Linientruppen, während die eher bürgerlich orientierte "Landwehr" (Reserve⁴) an Gewicht verloren hätte. Die Landwehr war aber der Teil der Armee, der in der Zeit der preußischen Reformen vor den Befreiungskriegen als "Volk in Waffen" konzipiert war. Das Abgeordnetenhaus bewilligte, um einen Bruch mit dem König zu vermeiden, zunächst die erforderlichen Gelder, nach den Wahlen im Dezember 1861, die der Fortschrittspartei eine deutliche Mehrheit brachten, wurden aber sämtliche Ausgaben für die Heeresreform abgelehnt.

Wilhelm I. war zunächst zur Abdankung entschlossen, um nicht gegen das Abgeordnetenhaus regieren zu müssen. Kriegsminister Roon⁵ rief jedoch seinen Jugendfreund Otto von Bismarck⁶, den preußischen Gesandten in Paris, nach Berlin, um mit dem König die Lage zu erörtern. Bismarck bot sich an, den Konflikt auch gegen das Abgeordnetenhaus zu lösen. Nach seiner Auffassung musste das Königtum gestärkt werden, auch wenn dabei das Haushaltsrecht des Parlaments verletzt würde. Nach seiner Ernennung zum Ministerpräsidenten (23. 9. 1862) erklärte er: „*Nicht auf Preußens Liberalismus sieht Deutschland, sondern auf seine Macht. ... Nicht durch Reden und Majoritätsbeschlüsse werden die großen Fragen der Zeit entschieden – das ist der Fehler von 1848/49 gewesen, sondern durch Eisen und Blut!*“ (Blut-und-Eisen-Erklärung)⁷. Damit beschrieb er in aller Klarheit den Weg Preußens weg von den Resten demokratischer Mitbestimmung hin zur machtstaatlichen Politik im Innern wie nach außen.

Den Konflikt um die Heeresreform, der sich bald zu einem Verfassungskonflikt ausweitete, weil in den folgenden Jahren auch ohne verfassungsmäßig bewilligten Haushalt regiert wurde, löste Bismarck mit einer "Lückentheorie": Den Fall, dass Herrenhaus und Volkshaus unterschiedliche Voten abgaben und der Haushalt daher nicht zustandekomme, sehe die Verfassung nicht vor. Bis eine neue Einigung erzielt sei, müsse daher der Monarch seine Regierungsgewalt auch ohne bewilligten Haushalt ausüben. Die Opposition im Innern brachte er durch Prozesse gegen Schriftleiter von Zeitungen und Maßregelungen von Beamten zum Schweigen, dem Abgeordnetenhaus drohte er mit der Einführung des allgemeinen Wahlrechts, das die Stellung der bürgerlichen Liberalen geschwächt hätte. Einen Ausweg aus der innenpolitischen Verhärtung boten indessen außenpolitische Erfolge.

⁴ http://de.wikipedia.org/wiki/Landwehr_%28Milit%C3%A4r%29

⁵ http://www.preussen-chronik.de/_person_jsp/key=person_albrecht%2Btheodor%2Bemil_von%2Bfoon.html

⁶ http://de.wikipedia.org/wiki/Otto_von_Bismarck

⁷ Bismarck in der Budgetkommission am 30. September 1862 Bismarck, Dokumente S. 168f. nach Gesammelte Werke 10 S. 140. Ebd. S. 171 „zwar nicht stenografiert, aber in den Zeitungen ziemlich getreu wiedergegeben“. Ohne Nachweis http://www.preussen-chronik.de/_ereignis_jsp/key=chronologie_006890.html

Der preußisch-österreichische Dualismus und der Krieg gegen Dänemark 1864

Die 1859/60 mit großen Erfolgen angegangene nationale Einigung Italiens brachte auch in Deutschland neue Impulse. Österreich trat daher 1863 mit dem Plan einer Straffung des Deutschen Bundes auf, der Bundestag sollte durch ein von den Landtagen der Einzelstaaten beschicktes Zentralparlament mit hauptsächlich wirtschaftspolitischen Kompetenzen abgelöst werden. Die deutschen Fürsten machten ihre Zustimmung von einem Beitritt Preußens abhängig, um ein Gegengewicht gegen Österreich zu haben, Preußen indessen verweigerte seinen Beitritt wegen der drohenden Übermacht Österreichs im Bund. Dem preußischen Gegenvorschlag, in allgemeinen Wahlen ein Bundesparlament zu bilden, konnte Österreich wegen der Nationalitätenfrage im eigenen Land nicht zustimmen. Die Konfrontation war latent vorhanden, beide Mächte rivalisierten miteinander um den Einfluss in Deutschland.

Eine neue Entwicklung in der Schleswig-Holstein-Frage heizte die öffentliche Meinung in Deutschland und die nationale Stimmung wieder an. Diese Frage war nach dem Waffenstillstand von Malmö vom August 1848 im Londoner Protokoll 1852⁸ unter dem Druck der Großmächte dahingehend geregelt worden, dass die beiden Herzogtümer, dazu das ebenfalls Dänemark gehörende Herzogtum Lauenburg, bei Dänemark verbleiben, aber dem dänischen Staat nicht einverleibt werden sollten. Die Forderung der dänischen Nationalisten, Schleswig ganz in den dänischen Staat einzubeziehen, wurde 1863 von der Regierung in Kopenhagen mit der Einführung einer neuen Verfassung auch in Schleswig befriedigt. Damit wurde das Londoner Protokoll verletzt.

Die öffentliche Meinung in Deutschland forderte in einer Welle der nationalen Empörung die Abtrennung der Herzogtümer von Dänemark und einen Beitritt des selbständigen Doppelherzogtums zum Deutschen Bund. Bismarck aber sah in der Lösung dieser Frage vor allem ein Mittel, um zum einen die preußische Politik Österreich gegenüber voranzutreiben, zum anderen „den Kampf des monarchischen Prinzips gegen die europäische Revolution“ voran zu treiben⁹. Österreich sollte in einen Konflikt mit Preußen hineingezogen werden, aus dem – durchaus in einer militärischen Auseinandersetzung – Preußen als Sieger hervorgehen konnte. Da aber ein unmittelbarer Konflikt nicht bestand, Österreich im übrigen starke Verbündete, vor allem in Süddeutschland, hatte, musste ein solcher Konflikt geschaffen werden. In dessen Verlauf hatte dann Preußen die Möglichkeit, Österreich ins Unrecht zu setzen und die noch schwankenden Staaten auf seine Seite zu ziehen.

Als die dänische Regierung die preußische Forderung auf Erfüllung des Londoner Protokolls ablehnte, war der Kriegsgrund gegeben und Österreich musste, um sein Gesicht im Bund zu wahren, zusammen mit

⁸ http://de.wikipedia.org/wiki/Londoner_Protokoll

⁹ Bismarck an Karl von Werther, 14. Juni 1864 Bismarck, Dokumente S. 194

Preußen den Krieg beginnen¹⁰. Der preußische Sieg am 30. Oktober 1864 bei den Düppeler Schanzen¹¹ brachte die Abtretung der beiden Herzogtümer und ihre Unterstellung unter eine gemeinsame Verwaltung. Das Herzogtum Lauenburg wurde von Preußen unmittelbar annektiert.

Die politisch-militärische Kooperation zwischen Preußen und Österreich schlug bald in eine Konfrontation um, als Meinungsverschiedenheiten über die Zukunft der Herzogtümer auftraten. Der österreichische Plan einer Mitgliedschaft des selbständigen Herzogtums im Deutschen Bund stieß auf das preußische Ziel, mit einer engen Abhängigkeit oder sogar einer Annexion der Herzogtümer den eigenen Einfluss im Norden Deutschlands zu vergrößern.

Zahlreiche Zusammenstöße in der gemeinsam ausgeübten Verwaltung führten 1865 zum Vertrag von Gastein¹² und zur Trennung: Schleswig wurde preußischer, Holstein österreichischer Verwaltung unterstellt. Die österreichische Stellung im Norden Deutschlands **war damit von der preußischen Stellung umschlossen und politisch wie militärisch unhaltbar**. Von der Unteilbarkeit, für die man 1864 Krieg geführt hatte, war keine Rede mehr. Die Auseinandersetzungen spitzten sich zu, als Österreich weiterhin die Selbständigkeit Schleswigs und Holsteins propagierte und Bismarck diese Politik als Anlass zum Krieg gegen Österreich benützte.

Um seine Stellung in Deutschland durch einen Krieg mit Österreich zu festigen, nützte Bismarck eine Zeit, in der die europäischen Großmächte von den Ereignissen auf dem Kontinent abgelenkt und daher nicht bereit waren, sich in einem solchen Konflikt zu engagieren:

England war mit dem Aufbau seines Empire beschäftigt, Frankreich durch das mexikanische Abenteuer mit dem von Napoleon III. eingesetzten Kaiser Maximilian¹³ gebunden. Mit Russland verband Preußen eine Freundschaft, die zuletzt auf die gemeinsame Politik der Unterdrückung beim Polenaufstand des Jahres 1863 zurückging. Bismarck konnte darüber hinaus die französische Neutralität durch vage Zusicherungen von Kompensationen, d. h. Gebietsgewinnen für Frankreich, erreichen, ohne sich aber auf irgendwelche nähere Bestimmungen einzulassen. Napoleon vermittelte im Gegenzug am 8. April 1866 ein auf drei Monate befristetes Bündnis Preußens mit Italien, in dem sich Italien verpflichtete, in einen Krieg Preußens gegen Österreich mit einzutreten.

In einer letzten, auf die öffentliche Meinung in Deutschland berechneten Aktion griff Bismarck am 9. April 1866 auf die Parlamentsidee von 1848 zurück und forderte *eine aus direkten Wahlen und allgemeinem Stimmrecht der ganzen Nation hervorgehende Versammlung, ... um die Vorlagen der deutschen Regierungen über eine Reform der*

¹⁰ http://de.wikipedia.org/wiki/Deutsch-D%C3%A4nischer_Krieg

¹¹ http://de.wikipedia.org/wiki/D%C3%BCppeler_Schanzen und <http://www.1864.dk/tyisk-index.htm>

¹² http://de.wikipedia.org/wiki/Vertrag_von_Gastein

¹³ http://de.wikipedia.org/wiki/Ferdinand_Maximilian_von_%C3%96sterreich, <http://www.casaimperial.org/emperador.htm> (engl.)

Bundesverfassung entgegenzunehmen und zu beraten. Diese Proklamation einer Revolution von oben sollte den nationalen Liberalismus für Preußen gewinnen und den Vielvölkerstaat Österreich weiter schwächen.

Der preußisch-österreichische Krieg 1866

Der Anstoß zum neuen Krieg ging jedoch wieder von der Schleswig-Holstein-Frage aus. Auf die österreichische Ankündigung, die Zukunft der Herzogtümer dem Urteil des Deutschen Bundes zu unterwerfen, erklärte Preußen den Vertrag von Gastein (über die gemeinsame Verwaltung und sein Mitbestimmungsrecht) für gebrochen und besetzte Holstein. Die österreichische Regierung rief daher die Mitgliedsstaaten des Deutschen Bundes zur "Bundesexekution" gegen Preußen auf, da dieses die Bundesakte verletzt habe. Die Mobilmachung des Bundes wurde am 14. Juli 1866 beschlossen. Der in den Geschichtsbüchern "deutscher" oder "preußisch-österreichischer Krieg" genannte Konflikt¹⁴ war also genau genommen eine Bundesexekution, ein Krieg des Deutschen Bundes unter österreichischer Führung gegen eines seiner Mitglieder, das des Verfassungsbruches beschuldigte Preußen. Der preußische Vertreter erklärte daraufhin den Bundesvertrag für gebrochen, den Deutschen Bund für erloschen.

Der ausbrechende Krieg teilte Deutschland zunächst in zwei verbündete Lager: Auf der Seite Österreichs (und damit auf der der Bundesverfassung) standen die süddeutschen Staaten Bayern, Baden und Württemberg sowie u. a. Sachsen, Hannover, Hessen-Darmstadt und Kurhessen. Auf preußischer Seite standen hauptsächlich die Klein- und Mittelstaaten Norddeutschlands.

Der Sieg der preußischen Armeen war vollständig: Sachsen, Hannover und Kurhessen wurden am 16. und 18. Juni besetzt, die hannoveranische Armee kapitulierte am 29. 6.. Am 22. Juni überschritt die preußische Hauptarmee die Grenze nach Böhmen, wo dann beim Ort Sadowa vor der Festung Königgrätz¹⁵ am 3. Juli mit der Niederlage der Österreicher die Entscheidung fiel.

Venetien¹⁶ war bereits vor dem Krieg durch Verträge zwischen Italien und Frankreich einerseits, Österreich und Frankreich andererseits dem jungen Königreich Italien zugesprochen, so dass auch die österreichischen Siege über die italienische Armee an der Angliederung Venetiens an Italien nichts änderten.

Gegenüber dem unterlegenen Österreich konnte Bismarck Mäßigung durchsetzen. Er wollte damit einerseits verhindern, dass Napoleon die Situation zu Kompensationsforderungen ausnützte: Saarbrücken, Landau,

¹⁴ http://de.wikipedia.org/wiki/Deutscher_Krieg

¹⁵ http://de.wikipedia.org/wiki/Schlacht_von_K%C3%B6niggr%C3%A4tz

¹⁶ Umfang und sehr kurzer geschichtlicher Abriss <http://de.wikipedia.org/wiki/Venetien>

die bayerische Pfalz und das linksrheinische Hessen waren dabei im Gespräch. Andererseits sollte nicht durch einen zu harten Frieden der Weg zu künftigen Bündnissen verbaut werden. Der Vorfriede von Nikolsburg (26. Juli)¹⁷ beschränkte sich daher auf die österreichische Zustimmung zu weitgehenden Annexionen in Norddeutschland und zur Auflösung des Deutschen Bundes.

Die Ergebnisse des Friedens von Prag (23. 8. 1866) waren vor allem die Annexion der ehemaligen Kriegsgegner Hannover, Kurhessen, Nassau sowie der freien Stadt Frankfurt und Schleswig-Holsteins durch Preußen, was große Erbitterung in den annektierten Staaten hinterließ. Das Legitimitätsprinzip, aus dem Deutscher Bund und Heilige Allianz gelebt hatten, war endgültig zugunsten der machstaatlichen Politik aufgegeben. Um dieses Legitimitätsprinzip hatten in Nikolsburg noch der preußische König Wilhelm und sein Kanzler Bismarck gerungen, bis sich schließlich der Kanzler mit seiner Perspektive der preußischen Dominanz in ganz Deutschland durchsetzte.

Die Gründung eines "Norddeutschen Bundes" mit den Verbündeten Preußens in Norddeutschland (vor allem Oldenburg, Mecklenburg und die thüringischen Staaten) vollendete das Werk; der neue Bund stand völlig unter preußischer Führung¹⁸. Dieser „Norddeutsche Bund“ war zwar ein Staatenbund formell souveräner Einzelstaaten, die allerdings wesentliche Rechte, wie die völkerrechtliche Vertretung, die Entscheidung über Krieg und Frieden sowie den Oberbefehl über das gemeinsame Heer an das preußische Bundespräsidium und die Gesetzgebungsbefugnis über Verkehr, Gewerbe, Zoll und Handel, Maße, Münzen und Gewichte sowie über Post- und Telegrafwesen an den Bund abgegeben hatten. Insofern hatte der „Norddeutsche Bund“ schon alle Anzeichen eines Bundesstaats, ein erster Ansatz für einen deutschen Nationalstaat, der mit seiner Verfassung, seinen Institutionen und der von Bismarck als Bundeskanzler geführten Bundesregierung bereits den Grundstein für die wenig später vollzogene Gründung des Reiches legte. Allein die Staatsspitze war mit dem König von Preußen und dem von ihm geführten Titel „Bundespräsident“ noch provisorisch.

Mit dieser Schaffung eines geschlossenen preußischen Territoriums in Norddeutschland kam eine Politik zum Abschluss, die Preußen bereits 1795 mit der Neutralität Norddeutschlands unter preußischer Führung gegenüber dem revolutionären Frankreich begonnen und mit der Angliederung der Rheinprovinzen 1815 fortgesetzt hatte.

Die Annexion auch der süddeutschen Staaten Bayern, Württemberg, Baden und Hessen-Darmstadt und ihre Eingliederung in den Bund verbot nicht nur ein energischer französischer Protest, sondern auch die starke antipreußische Haltung der dortigen Regierungen und der öffentlichen Meinung. Volle Schonung des Kriegsgegners sollte hier die Wogen glätten,

¹⁷ http://de.wikipedia.org/wiki/Vorfrieden_von_Nikolsburg

¹⁸ http://de.wikipedia.org/wiki/Norddeutscher_Bund. Verfassung des Norddeutschen Bundes (16.04.1867) <http://www.documentarchiv.de/nzjh/ndbd/verfnbd.html>

bis die Zeit reif war für einen Anschluss in nationaler Begeisterung. Allein Baden suchte bis 1870 mehrfach um Aufnahme in den Norddeutschen Bund nach, wurde aber hingehalten, da Bismarck die vier süddeutschen Staaten gemeinsam gewinnen wollte. Die von Bismarck geschickt ausgespielten französischen Entschädigungsforderungen erleichterten indessen den Abschluss von geheimen "Schutz- und Trutzbündnissen", die die vier Staaten militärisch an Preußen banden.

Österreich war mit dem Krieg von 1866 aus dem Rahmen eines künftigen deutschen Nationalstaates hinausgedrängt. Dieser Rückzug aus der im engeren Sinn "deutschen" Politik verlangte eine Änderung der Struktur des österreichischen Staates. Durch die Verfassungsreform von 1867 wurden die Ungarn zum zweiten Staatsvolk mit einem eigenen, dem österreichischen in Personalunion verbundenen Staatswesen, das Kaiserreich Österreich wurde zur Doppelmonarchie Österreich-Ungarn¹⁹, das wegen der österreichischen Kaiser- und der ungarischen Königskrone fortan kurz K&K-Monarchie genannt wurde.. 1918, nach dem verlorenen Ersten Weltkrieg, wurden daher mit Österreich und Ungarn in den Verträgen von St. Germain-en-Laye am 10. September 1919 bzw. von Trianon am 4. Juni 1920 getrennte Friedensverträge geschlossen.

Den in Preußen immer noch schwelenden Konflikt um das Haushaltsrecht des Parlaments konnte Bismarck mit der Rückendeckung dieses militärischen und politischen Erfolgs beiliegen. Den Kampf gegen die liberalen und bürgerlichen Kräfte im Staat konnte er angesichts der Aufgabe, das Werk der deutschen Einigung zu vollenden, nicht fortsetzen wie bisher. Der Kompromiss sah vor, das Haushaltsrecht des Abgeordnetenhauses anzuerkennen und im Gegenzug dazu das von diesem für verfassungswidrig gehaltene Vorgehen nachträglich billigen zu lassen. Der im Parlament eingebrachte Antrag auf „Indemnität“ sollte Bismarck vor einer Anklage wegen Verfassungsbruch bewahren und wurde am 3. September 1866 mit 230 gegen 70 Stimmen beschlossen.

Der deutsche Liberalismus in der politischen Entwicklung zwischen 1850 und 1866

Mit dem Regentschaftsantritt Wilhelms I. 1858 und der Berufung eines liberalen Ministeriums in Preußen sollte die „Neue Ära“ nicht nur eine Wende in der preußischen Innenpolitik, sondern auch in der Deutschlandpolitik bringen. Nach den Erfolgen der italienischen Einigungspolitik setzten die Liberalen ihre Hoffnungen auf den preußischen König als Motor für die Schaffung des deutschen Nationalstaats. Aus der Resignation über das gescheiterte Einigungswerk von 1849 heraus verbündeten sie sich jetzt mit der Macht, die schon im März 1848 die Forderung erhoben hatte, die Führungsrolle in der deutschen Einigung zu übernehmen.

¹⁹ http://de.wikipedia.org/wiki/Doppelmonarchie#Die_Doppelmonarchie_1867-1914

Von der altliberalen, bürgerlichen Mehrheit trennten sich demokratisch-liberale Kräfte und fanden sich in der im Juni 1861 gegründeten "Deutschen Fortschrittspartei" zusammen. Auf dem Höhepunkt des Streits um die Heeresreform gewann sie die Wahlen vom Dezember 1861 und konnte zusammen mit dem linken Zentrum die Mehrheit der Sitze im Volkshaus erringen. Ihr Parteiprogramm zu den Wahlen ist das erste eigentliche Wahlprogramm der deutschen Geschichte. Der Konflikt mit dem Königtum indessen brachte nicht nur die Ablösung der liberalen Minister und die Auflösung des Abgeordnetenhauses – nur die konservativen Minister blieben in ihren Ämtern –, sondern ließ auch die Distanz der Liberalen zum Königtum und zum Staat größer werden.

Nach den Neuwahlen war die Mehrheit der liberalen Fortschrittspartei noch weiter angewachsen (230 von 352 Sitzen). Ihre Absicht, durch den Sturz der Regierung ein parlamentarisches Ministerium zu erzwingen, traf auf die Absicht der konservativen Kräfte, den Einfluss des Abgeordnetenhauses zurückzudrängen. Beide standen sich unversöhnlich gegenüber. In dieser Situation eröffnete sich Bismarck die Möglichkeit, mit dem Verfassungskonflikt den Kampf gegen die Parlamentsmehrheit durchzuführen. Die nationale Tendenz der Liberalen führte sie zwar nach dem dänischen Krieg 1864 wieder auf die Seite der preußischen Machtstaatspolitik, die Fortschrittspartei musste allerdings 1866 erhebliche Niederlagen bei den Wahlen hinnehmen.

Im selben Jahr spaltete sich eine später "Nationalliberale Partei" genannte Gruppe ab und suchte den Ausgleich mit dem politisch erfolgreichen Bismarck. Im Vordergrund standen bei ihr allerdings die Fragen der nationalen Einigung und weniger die der bürgerlichen Freiheiten; sie war der Meinung, die Verfassungswünsche könnten später nachgeholt werden. Der Stimmungsumschwung gegenüber Bismarcks Politik kam dabei nicht aus einem Opportunismus gegenüber dem Sieger von 1864 und 1866, sondern aus einer Verbindung von nationaler Machtstaatsidee und der Idee des liberalen Rechtsstaats, die dem Liberalismus an sich nicht fremd war: Nur der freie Nationalstaat kann die Freiheit des einzelnen verwirklichen.

Diese Rechtfertigung kann allerdings auch als eine nach innen wirkende Legitimation für die Liberalen selbst gesehen werden, da sie nur auf dem Weg der Identifizierung mit dem Gegner von 1849 schließlich am Triumph des Nationalstaates würden teilhaben können.

Der deutsch-französische Krieg von 1870/71

Die Politik Bismarcks in den Jahren nach der Gründung des norddeutschen Bundes 1866 war darauf gerichtet, sich alle Möglichkeiten zu einer Weiterentwicklung der deutschen Einigung unter preußischer Hegemonie offen zu halten. Wenn das abgeschlossene Militärbündnis mit den süddeutschen Staaten nicht im Bündnisfall hätte verwirklicht werden können, wäre der Norddeutsche Bund Stückwerk und mit allen politischen Mängeln eines Provisoriums behaftet geblieben. Der Weg zu einem ganz

Deutschland einigenden Krieg gegen einen gemeinsamen äußeren Feind war also vorgezeichnet.

Demgegenüber wollte die französische Politik unter Napoleon III. mindestens den status quo in Mitteleuropa erhalten, wenn nicht gar durch eine Schwächung Preußens zu Gunsten Frankreichs verändern. Auf jeden Fall aber sollte Frankreich durch Erwerbungen in Luxemburg oder Belgien vergrößert und damit die Herrschaft Napoleons durch einen nationalen Erfolg gesichert werden. Der französische Ruf "Revanche für Sadowa" (= Königgrätz) zeigt, wie sich die Enttäuschung über entgangene Kompensationen zu einer nationalen Niederlage und Schmach aufschaukelte. In dieser Situation brauchte Napoleon einen großen außenpolitischen Erfolg. Aber auch Bismarck musste jede Chance nutzen, die süddeutschen Staaten zur Einlösung des 1866 geschlossenen Militärbündnisses zu bringen.

Schließlich konnte Bismarck im Frühjahr 1870 die Frage der spanischen Thronfolge als Mittel zur Durchsetzung seiner Ziele benützen.

Die provisorische spanische Regierung bot die Krone des durch die Absetzung der letzten Königin im September 1868 verwaisten spanischen Königsthrons im Februar 1870 dem Erbprinzen Leopold von Hohenzollern-Sigmaringen an²⁰. Dieser gehörte der schwäbischen Seitenlinie der Zöllern an und war damit mit dem preußischen König verwandt, war aber katholisch. Er nahm die Kandidatur am 2.7.1870 an. Auch wenn Bismarck diese Kandidatur nicht veranlasst hatte, bot sie ihm doch die Möglichkeit, die Stellung Napoleons zu schwächen, und er unterstützte deshalb das spanische Projekt.

Auch König Wilhelm, Chef des Gesamthauses Hohenzollern, stimmte zu. Frankreich aber sah in dieser Verbindung eine Neuauflage der alten spanisch-habsburgischen Umklammerung, die aufzubrechen das Ziel der französischen Außenpolitik vom Ende des 16. Jahrhunderts (Heinrich IV.) bis zum Beginn des 19. Jahrhunderts (Napoleon I.) war ("Cauchemar des coalitions" = Albtraum der Koalitionen). Die zollerische Kandidatur musste deshalb um jeden Preis verhindert werden.

Der Cauchemar des Coalitions war die Angstvorstellung der französischen Politik, ihn, den ein Hohenzoller auf dem spanischen Königsthron zwangsläufig hervorrufen musste, galt es um jeden Preis zu verhindern. Angesichts dieser französischen Reaktion verzichtete Erbprinz Leopold auf seine Kandidatur. Das genügte der öffentlichen Meinung in Frankreich – die ihre Regierung und den Kaiser unter Druck setzte – nicht, es wurde ein Verzicht für alle Zeiten verlangt. Der französische Gesandte in Berlin, Graf Benedetti, sollte in Bad Ems vom preußischen König diesen Verzicht erwirken; da jedoch Prinz Leopold selbst bereits verzichtet hatte,

²⁰ Heinz Wolter schreibt als Herausgeber von Bismarck, Dokumente, Bismarck die entscheidende Rolle bei der Thronkandidatur zu („fädelt B. mit den Mitteln geheimer Kabinettsdiplomatie ein Intrigenspiel ein...“ S. 248), was Theodor Schieder im Handbuch der deutschen Geschichte (Bd. 3, Stuttgart, 1970, S. 211) ablehnt

sah Wilhelm die Sache als erledigt an und lehnte am 13.7.1870 weitere Stellungnahmen als auch weitere Gespräche mit dem Gesandten ab.

Bismarck sah bereits die Möglichkeit der militärischen Konfrontation schwinden und eine diplomatische Niederlage Preußens sich abzeichnen, als der Vortragende Rat Abeken aus Bad Ems ein Telegramm über die Begegnung des Königs mit Benedetti an Bismarck schickte. Bismarck kürzte das Telegramm erheblich, wodurch sein Ton eine Schärfe gewann, die die Begegnung in Bad Ems nicht hatte, und ließ den Text der sog. "Emser Depesche"²¹ am selben Tag, dem 13.7., der Presse und den preußischen Gesandtschaften mitteilen.

Zum einen trat durch die "Bearbeitung" der Depesche die französische Forderung in schärfster Form hervor, und die nationale Erregung in Deutschland konnte sich gegen Frankreich richten. Zum anderen war die französische Seite durch die sofortige Veröffentlichung des Telegramms gekränkt und verletzt und musste Genugtuung fordern. Frankreich erklärte am 19.7. Preußen den Krieg. Die "familienpolitische" Frage der spanischen Thronfolge war zu einer national-deutschen Frage geworden; aus dem diplomatischen Anlass war ein Krieg geworden, der die deutsche Nation zusammenführen sollte: Noch im Juli hatten die süddeutschen Staaten den Bündnisfall ausdrücklich anerkannt und damit den Weg zu einer gesamt-deutschen Aktion freigemacht.

Die unter preußischem Oberbefehl stehenden deutschen Armeen waren den französischen Truppen von Anfang an überlegen. Das ist nicht nur auf die inneren Schwierigkeiten der kaiserlich-französischen Armee zurückzuführen, sondern auch auf die überragende Strategie des preußischen Generals Moltke. Er hatte durch sein militärisches Geschick bereits den Sieg von 1866 errungen. Die Initiative in den ersten Wochen lag durchweg bei Preußen. Der Sieg über die französische Armee bei Sedan am 2.9.1870 offenbarte die grundlegenden Schwächen in Frankreich und brachte das Ende des Kaisers: Napoleon III. geriet in deutsche Gefangenschaft und dankte ab, in Paris riefen die republikanischen Führer Jules Favre und Leon Gambetta die Republik aus (4.9.).

Die Aussichten auf Frieden wurden allerdings durch den mittlerweile in Deutschland aufgetretenen Wunsch nach der Annexion Elsass-Lothringens zunichte: Für Deutschland war sie zugleich die Krönung der nationalen Einigung und die Umkehr der Geschichte seit dem 17. Jahrhundert, für Frankreich eine Frage der nationalen Identität. Mit der an die Französische Revolution und ihre "levée en masse" erinnernden Aufstellung von Volksheeren durch den mit dem Fesselballon aus dem seit dem 19.9.1870 belagerten Paris entkommenen Leon Gambetta begann sich das Wesen des Krieges für Frankreich zum nationalen Verteidigungskrieg zu wandeln.

Die Belagerung von Paris wurde durch einen Waffenstillstand am 28.1.1871 vorläufig und durch den am 26.2. in Versailles geschlossenen

²¹ Ein Vergleich beider Versionen <http://www.documentarchiv.de/nzjh/ndbd/emser-depesche.html>

Präliminarfrieden endgültig aufgehoben. Am 10.5. wurde schließlich in Frankfurt der Friede geschlossen, nach dem Frankreich außer den Abtretungen eine Kriegssentschädigung von 5 Milliarden Goldfranc leisten musste.

Die Gründung des Deutschen Reiches

Bereits am 15.11.1870 war mit Baden und Hessen-Darmstadt ein Vertrag zustande gekommen, der deren Beitritt zum Norddeutschen Bund und die Beibehaltung der Bundesverfassung vorsah. Bayern und Württemberg machten aber noch Vorbehalte geltend, die erst am 23.11. mit Bayern und am 25.11. mit Württemberg in weiteren Verträgen ausgeglichen werden konnten. In diesen Abmachungen behielt sich vor allem Bayern eigene sog. *Reservatrechte* noch vor, so das Recht der Militärhoheit im Frieden und das der eigenen Post- und Eisenbahnverwaltung.

Damit war der Norddeutsche Bund um die vier Staaten erweitert, die Bismarcks Politik schon 1866 mit einbezogen hatte. In der übernommenen und nur leicht überarbeiteten Verfassung erhielt der neue Staat zunächst den Namen "Deutscher Bund", sein Staatsoberhaupt fungierte als "Bundespräsidium" (erste Verfassung vom 1.1.1871).

Der Titel "Kaiser" für das Oberhaupt des Bundesstaates lag aus historischen Gründen nahe und konnte vor allem von den süddeutschen Staaten als nationale Klammer verstanden werden, die ihre eigene Staatlichkeit und Identität unangetastet ließ. Die Titelfrage bot jedoch Konfliktstoff: "Kaiser der Deutschen" hätte der Nation die Rolle eines staatstragenden Souveräns zugeschrieben, während „Kaiser von Deutschland“ als preußischer Anspruch auf die Länder der anderen Fürsten hätte interpretiert werden können²². Bismarck dagegen hatte mit seiner Formulierung „Deutscher Kaiser“ die Problematik einer territorialen Basis umgangen. Großherzog Friedrich von Baden löste das Problem auf elegante Weise, indem er bei der Kaiserproklamation am 18.1.1871 im Spiegelsaal des Schlosses in Versailles ein Hoch auf "Kaiser Wilhelm" ausbrachte. Erst der im März 1871 neugewählte deutsche Reichstag beschloss dann - indem er der Vorlage des Bundesrats zustimmte - , den Bund "Deutsches Reich" und seine Spitze "Deutscher Kaiser" zu nennen.

Die "Reichsgründung" auf den 18.1.1871 zu verlegen, ist etwas zu kurz geschlossen. Die Proklamation Wilhelms I. zum Deutschen Kaiser war an sich kein Akt, der einen neuen Staat konstituiert hätte. Dieser Staat verdankt seine Entstehung vielmehr der Aufnahme der vier süddeutschen Staaten in den Norddeutschen Bund durch eine Reihe von zweiseitigen Verträgen (s.o.). Damit war der Staat als Völkerrechtssubjekt begründet. Das durch die Aufnahmeverträge geschaffene Organ, der Bundesrat, legte eine Verfassung vor (gültig seit dem 1.1.1871), die der auf Grund dieser Verfassung und der Verträge mit den süddeutschen Staaten gewählte Reichstag im März ratifizieren musste (3.3.1871). Erst mit dieser

²² Kronprinz Friedrich Wilhelm, Tagebuch, 17. Januar 1871 Bismarck, Dokumente S. 262

Ratifikation war die Staatsgründung abgeschlossen, die mit dem Beitritt Bayerns, Württembergs, Badens und Hessen-Darmstadts zum Norddeutschen Bund begonnen worden war.

Datum und Ort der Kaiserproklamation sind nicht zufällig gewählt. Der 18.1. war der Jahrestag der Krönung des Kurfürsten Friedrich III. zum König von Preußen 1701, also ein Tag, der den preußischen Charakter dieses neuen Deutschen Reiches unterstrich. Das Schloss von Versailles galt als Ausgangspunkt derjenigen Politik, die unter Ludwig XIV., dem Sonnenkönig, in den Reunionskriegen zum Verlust des Elsasses und Lothringens geführt hatte. Wilhelm I. hier und an diesem Tag zum Kaiser zu proklamieren symbolisierte also die Übermacht des Preußentums über die "deutschfeindliche" Politik Frankreichs. Was in dieser Weise zu kurz kommt, sind die Ursachen für diese gegen den östlichen Nachbarn gerichtete Politik Frankreichs.

1848/50 und 1866/71: Ein Vergleich

Angesichts der gescheiterten Revolution von 1848/49 und des misslungenen Versuchs, einen konstitutionellen deutschen Nationalstaat zu schaffen, angesichts aber auch der planmäßig angelegten und mit der Kaiserproklamation in Versailles schließlich vollendeten Schaffung eines preußisch dominierten Deutschen Reiches muss nach den Unterschieden gefragt werden, die möglicherweise auch verantwortlich sind für das Scheitern der einen oder das Gelingen der anderen Politik.

Vom Ergebnis her lässt sich dieses Problem am leichtesten angehen: Am Ende stand dort das desillusionierte Bürgertum mit dem Erbe einer gescheiterten Revolution, hier der nach drei Blitzkriegen aus der Taufe gehobene Nationalstaat, den die zielbewusste Politik eines Mannes geprägt hatte. Der preußische Staat, der die Revolution durch sein Beharrungsvermögen zu Fall gebracht hatte, entfaltete in der Folgezeit eine Politik, die – besonders seit der Ministerpräsidentschaft Bismarcks – zwei Ziele verfolgte: außenpolitisch war die Einigung Deutschlands unter preußischer Hegemonie und unter Hinausdrängung Österreichs zu erreichen, innenpolitisch aber der Kampf mit dem Parlamentarismus und mit den Liberalen aufzunehmen. Damit wurde die Reaktionspolitik auch gegenüber dem letzten Rest revolutionärer Errungenschaften fortgesetzt. Stand am Ende der Verfassungsdiskussion von 1848/49 ein frei gewähltes gesamtdeutsches Parlament, dem die Regierung verantwortlich war und das so aktiv in die Politik eingreifen konnte, so blieb davon 1866 und 1871 zwar ein frei gewähltes Parlament übrig, die Politik bestimmte aber der Kanzler ohne wirksame Parlamentskontrolle. Die Frage ist natürlich, mit welchen Mitteln diese Politik verfolgt und - das eine von ihnen - auch erreicht wurden.

Die Unterschiedlichkeit der Mittel zeigt sich deutlich in Bismarcks "Blut und Eisen" -Erklärung von 1862. Der Parlamentarismus wird hier als Schwäche abqualifiziert. Was Erfolg bringe, sei eine machtvolle Politik, die den Staat nach außen stärke und ihn in die Lage versetze, seine Ziele auch auf nationalem Gebiet durchzusetzen. Der Kompromissbereitschaft der

Paulskirche und dem in der Diskussion entstandenen Ausgleich in Verfassungsfragen stand seit 1862 der politische Wille eines Mannes gegenüber, der seinen König zunächst an der Abdankung hinderte, dann gegen das Parlament und gegen die Verfassung regierte, schließlich dreimal diplomatische Verwicklungen zu Waffengängen ausnützte (wobei er beim zweiten Mal Österreich von langer Hand vorbereitet in einen Konflikt hineinzog bzw. hineindrängte), aber dazwischen auch abwarten und günstige Gelegenheiten abpassen konnte. Geradezu ein Meisterstück diplomatischer Kunst (oder Verschlagenheit) ist es zu nennen, wie er im Juli 1870 die durch den Verzicht des Zollernprinzen heraufziehende diplomatische Niederlage Preußens mit der Redaktion der Emser Depesche in einen Hieb gegen Frankreich umwandeln und damit die französische Kriegserklärung provozieren konnte.

Äußeres Zeichen dieser auf völlig unterschiedlichen Grundlagen fußende Politik ist das Verhältnis des Reiches zum Schwarz-Rot-Gold der Nationalversammlung. Wilhelm I. hatte „nichts Wesentliches“ gegen Schwarz-Weiß-Rot, wollte sie „aber nur neben der preußischen [Fahne] dulden“. Schwarz-Rot-Gold als „aus dem Straßenschmutz erstiegen“ kam für ihn unter keinen Umständen in Frage²³.

In engem Zusammenhang damit stehen auch die unterschiedlichen Zielsetzungen. Die Paulskirchenversammlung strebte nicht eine machtstaatliche Einigung Deutschlands an, wobei der Verzicht auf den einen Partner einkalkulierte Notwendigkeit gewesen wäre. Ziele waren sowohl die Verwirklichung liberal-konstitutioneller Freiheiten in einer - von allen Staaten aus freien Stücken angenommenen - Verfassung, zum andern aber gleichzeitig die Schaffung eines alle Deutschen umfassenden und sogar noch über den alten Deutschen Bund noch hinausgehenden Nationalstaates. Dem standen nicht nur die einzelstaatlichen Interessen und Egoismen entgegen, sie hätten sich unter Umständen - wie 1871 auch - ausgleichen lassen. Gravierender war im Fall Österreichs, dass der deutsche Nationalstaat gleichzeitig die Habsburgermonarchie gesprengt hätte. Die Unvereinbarkeit von Nationalstaatsgedanke und Vielvölkerstaat konnte nicht auf dem Verhandlungsweg aufgelöst werden.

Gravierender war im Fall Preußens, dass der Staat (d.h. die ihn tragenden politischen Eliten) nicht bereit war, das Ziel der preußischen Politik der vergangenen zwei Jahrhunderte liberal-konstitutionellen Zielen oder der Verhandlung mit "schwächeren" Mächten unterzuordnen. 1870/71 dagegen ging es nicht mehr um den alten Deutschen Bund, der zu einem Staat hätte verdichtet werden sollen, nach 1849 wurde nicht mehr um großdeutsch oder kleindeutsch gerungen, die Politik Bismarcks verfolgte eindeutig und zielbewusst die kleindeutsche, d.h. preußisch dominierte Lösung.

Auf der anderen Seite erkannte jedoch Bismarck durchaus auch die in der Schaffung eines Nationalstaats liegende Leistung der Revolution von 1848/49 an. Nach dem gewonnenen Krieg gegen Österreich war er

²³ Kronprinz Friedrich Wilhelm, Tagebuch, 17. Januar 1871 Bismarck, Dokumente S. 262

durchaus bereit, den möglichen Druck der Großmächte angesichts seiner Einigungspolitik mit einem ganz anderen Vorstoß zu beantworten: „Pression des Auslands wird uns zur Proklamierung der deutschen Reichsverfassung von 1849 und zu wirklich revolutionären Maßregeln treiben.“ Er schließt seine Überlegungen mit dem charakteristischen Satz „Soll Revolution sein, so wollen wir sie lieber machen als erleiden.“²⁴

Bei den Trägern dieser Politik ist vor allem das Bürgertum zu beachten und die Rolle zu diskutieren, die es während der Revolution, aber auch angesichts der Bismarckschen Politik gespielt hat.

Das wirtschaftlich erstarkte Großbürgertum hatte sowohl in den Tagen des "Vormärz", d.h. vor der Revolution, als auch während der Revolution selbst die führende Rolle inne. Vor allem in diesen Kreisen, den Kreisen der Wahlmänner und dann der Abgeordneten selbst, wurden die Ideen des Liberalismus und des Konstitutionalismus diskutiert. In den Barrikadenkämpfen verwirklichte sich kurzfristig eine Allianz mit Studenten und Gesellen. Diese hielten dann aber neben der Nationalversammlung, dann auch gegen sie, ihre eigenen Treffen und Versammlungen, durchaus mit gesamtdeutscher und nationaler Betonung, ab. Schon in der Verfassungsfrage zeigte sich das Übergewicht der Gemäßigten vor den "radikalen" Demokraten - die einen sahen die Zukunft im Bündnis mit der Monarchie, die anderen eher in einer grundsätzlichen Umwälzung in Richtung auf eine republikanische Verfassung hin. Unter anderem war es auch die Angst vor den neuen Ideen des Kommunismus, die das Bürgertum zur Zusammenarbeit mit den alten Mächten trieb. Da die alten Mächte aber ihrerseits nicht zur grundlegenden Reform bereit waren, war diese "Zusammenarbeit" von vornherein zum Scheitern verurteilt.

Das Bürgertum wandte sich nach dem Misserfolg von 1849 größtenteils von der Politik ab und fand seine Selbstbestätigung auf wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet. Erst der preußische Verfassungskonflikt von 1861 zeigte wieder ein Bürgertum, das sich seiner Rechte bewusst war. Es wurde allerdings von einem Politiker überrannt, der die Autorität der Staatsmacht unter allen Umständen zu wahren bereit war - und das Bürgertum kapitulierte, steckte zurück, bis die monarchische Politik in der Deutschen Einigung ihren Höhepunkt fand. Die Idee der liberalen Verfassung und der demokratischen Mitbestimmung ordnete sich der machtstaatlichen Einigung unter, das Bürgertum sah keine Möglichkeit (und auch keine Notwendigkeit), innerhalb der nationalen Begeisterung zum Widerstand zu finden. Immerhin wurde es bereits als Erfolg gewertet, dass für die Wahl zum Norddeutschen Reichstag 1867 das allgemeine und gleiche Wahlrecht galt - eine Errungenschaft der Revolution von 1848. Die Liberalen wurden schließlich in der 1867 gegründeten Nationalliberalen Partei – eben auf Grund ihrer starken nationalen Komponente – zur Hauptstütze der Bismarckschen Politik nach 1871. Die tragende Rolle in der deutschen Einigung aber war endgültig auf den preußischen Staat und seinen Ministerpräsidenten übergegangen.

²⁴ Brief an Edwin von Manteuffel, 11. August 1866. Bismarck. Dokumente S. 217

Will man die Persönlichkeit Bismarcks auf diesem Hintergrund einordnen, darf man ihm wohl auf keinen Fall persönliche Machtbesessenheit unterstellen. Er war konservativ, in manchen Dingen auch reaktionär, aber er stellte seine Arbeit voll und ganz in den Dienst des Staates und des Königtums, des monarchischen Prinzips also. Dieser Staat war Preußen mit seiner preußischen Geschichte und seiner preußischen Tradition, und dieser preußische Staat war für ihn der einzig mögliche Träger der deutschen Einheit. Von daher ist Bismarck zwar Nationalist, aber in erster Linie preußischer Nationalist, insofern als er, ganz in der Linie der preußischen Könige seit Friedrich Wilhelm III., die historische Aufgabe Preußens darin sieht, Deutschland zu führen. Ein Deutschland ohne die führende Rolle Preußens ist für ihn – wieder als Konsequenz des preußisch orientierten monarchischen Gedankens – schlechthin nicht denkbar.

Grundzüge der Reichsverfassung von 1871

Die Verfassung des Deutschen Reiches von 1871 ist im wesentlichen die leicht modifizierte Verfassung des Norddeutschen Bundes von 1866. Preußen als Hegemonialmacht hat damit nicht einfach seine Verfassung (von 1850) auf das Reich übertragen – anders in Italien, wo das neue Königreich die Verfassung von Piemont-Sardinien übernahm.

Das Deutsche Reich war ein Bundesstaat, die Staatsgewalt lag nicht bei einer "Nation" oder beim Volk, sondern bei dem Bund der 22 Monarchen und 3 Freien Städte.

Der Kaiser war Repräsentant des Staates im völkerrechtlichen Verkehr nach außen, er hatte den Oberbefehl über das Bundesheer und über die Reichsmarine. Das Amt des Kaisers stand dem König von Preußen zu.

Den Reichskanzler ernannte der Kaiser und nur gegenüber diesem war der Kanzler verantwortlich. In den ersten 20 Jahren des Reiches hatte Bismarck zugleich das Amt des preußischen Ministerpräsidenten und das des Reichskanzlers inne.

Der Reichskanzler führte den Vorsitz im Bundesrat, dem wichtigsten der Organe des Reiches. Er gehörte damit gleichzeitig der Exekutive und der Legislative an. Der Bundesrat setzte sich aus 58 Vertretern der Bundesstaaten zusammen, die von den Regierungen entsandt wurden und weisungsgebunden waren. Er hatte das Recht, Gesetzesvorschläge dem Reichstag zuzuleiten, Reichstagsbeschlüsse waren aber erst nach Zustimmung des Bundesrates bindendes Gesetz. Der Reichskanzler ernannte auch die Staatssekretäre (Minister); weder er noch die Minister waren aber von einer Zustimmung des Reichstags abhängig. Sie konnten daher auch vom Reichstag nicht gestürzt werden.

Der Reichstag wurde in allgemeiner, gleicher, direkter und geheimer Wahl auf drei, später auf fünf Jahre gewählt, wahlberechtigt waren allerdings nur Männer über 25 Jahre. Der Reichstag beschloss Gesetze und hatte das Haushaltsrecht, seine Beschlüsse bedurften der Zustimmung des Bundesrats.

Die Reichsverfassung blieb bis zum Oktober 1918 in dieser Form in Kraft, bis die Oberste Heeresleitung kurz vor Ende des Krieges eine parlamentarische Verantwortung des Reichskanzlers dekretierte.

Sie enthielt keine Bestimmungen über die Grundrechte und blieb damit nicht nur hinter der Paulskirchen-Verfassung, sondern sogar hinter der preußischen Verfassung von 1850 zurück. Die Gründe dafür sind vielschichtig: Zum einen enthielten die Landesverfassungen bereits Grundrechte, und in die Reichsverfassung Grundrechte aufzunehmen, hätte geheißen, die Hoheit der Länder in dieser Hinsicht zu beschneiden. Zum anderen war noch die Erfahrung lebendig, dass die Diskussion um die Grundrechte in der Paulskirche zu Spannungen und zu Verzögerungen geführt hatte. Zum dritten aber wirkte hier die Identifizierung der Liberalen mit dem Machtstaat.

Die „Geburtsfehler“ des Deutschen Reiches

Die Frage nach den tieferen Ursachen der beiden Weltkriege und des im Nationalsozialismus übersteigerten deutschen Nationalismus führt unter anderem zu einer Erörterung der Gründungsbedingungen dieses Deutschen Reiches. Hier sind vor allem zwei Komponenten auszumachen: Die Gründung des Reiches als Ergebnis einer Konfrontationspolitik (gegenüber Österreich und Frankreich) und die „unvollständige Demokratie“ der Reichsverfassung von 1871.

Die bismarck'sche Reichsverfassung sah zwar ein gewähltes Parlament vor, gestand diesem aber einerseits nur geringe Befugnisse in der Gesetzgebung zu, stellte andererseits den Reichskanzler nicht unter die Verantwortlichkeit gegenüber dem demokratisch legitimierten Organ. Das führte dazu, dass der Reichskanzler in seiner Politik ebenso wenig darauf angewiesen war, im Reichstag eine tragfähige Mehrheit zu finden, als die Reichstagsparteien selbst keine Veranlassung sahen, zur Bildung einer Regierungsmehrheit aus sich heraus zum Kompromiss zu finden. Dieses Demokratie-Defizit innerhalb der Verfassung trug wesentlich dazu bei, dass sich parlamentarische Prinzipien weder innerhalb der Parteien noch in der Bevölkerung bilden oder festigen konnten.

Zum andern entstand das Deutsche Reich aus einer außenpolitischen Auseinandersetzung heraus. Bismarck brauchte den Krieg mit Frankreich, um die vier süddeutschen Staaten zum Anschluss an den Norddeutschen Bund zu bringen. Auch wenn dieser „Kampf“ ein bestimmendes Moment in der Geschichte des deutschen Nationalgefühls im 19. Jahrhundert war, schuf doch die „Kampf“-Mentalität eine andere Grundstimmung, als wenn das Reich z. B. aus dem erklärten Volkswillen von 1848 hervorgegangen wäre. Bismarck brauchte den Kampf, weil ohne das Feindbild kein tragfähiges Fundament für die preußisch dominierten Einigungspläne vorhanden gewesen wäre. Das hatte zur Folge, dass das Reich im Stadium seiner Gründung nicht einer „Idee“ folgte, sondern eben diesem Feindbild. Und dieses Feindbild lieferte über seine Heroisierung die Symbole, in denen sich das Reich feierte – das Niederwald-Denkmal oder das Hermann-Denkmal.

In diesem Sinn hatte sich 1870 schon Kronprinz Friedrich Wilhelm kritisch geäußert: Die „von Bismarck erfundene und seit Jahren in Szene gesetzte Theorie vom Blut und Eisen“ habe nur „Hass und Misstrauen“ bei den Nachbarn hervorgebracht und Deutschland im Grunde daran gehindert, „mit guten Recht“ und aus moralischer Grundlage „einig, frei und mächtig werden“ zu können²⁵.

Diese Grundstimmung, die in Frankreich den erklärten Feind und die eigene Geschichte als „Opfer“ der machtvolleren französischen Politik sah, veranlasste die Annexion des Elsass und Lothringens, was wiederum für die deutsche Nachkriegspolitik eine Fortdauer dieser Kampf-Haltung erzwang. Damit diente der äußere Feind nach wie vor als Bindeklammer im Innern. Ganz in diesem Sinn nannte Bismarck 1887 im Reichstag auch das Heer „die Hauptbedingung [der] Existenz“ des Reiches²⁶.

Dazu kam eine Verbindung dieses Elementes „Feindbild“ mit dem kollektiv-psychologischen Element der Identifizierung mit dem Machtstaat Preußen. Das liberale Bürgertum hatte sich die Demokratie nicht erkämpfen können, sondern als Gnadengeschenk aus der Hand des Siegers von 1849 und 1870 entgegennehmen müssen. Um sich selbst mit der Siegerseite identifizieren zu können, musste es den preußischen Staat und seine Helden verehren – und auf der anderen Seite der Werteskala befand sich plötzlich die pluralistische westliche Demokratie, die man ja selbst nicht hatte erringen können und die deshalb, um der Identifizierung willen, verachtet wurde.

In der komplizierter werdenden Welt des ausgehenden 19. Jahrhunderts reichte jedoch der äußere Gegner nicht mehr aus, und das Feindbild übertrug sich auf gesellschaftliche Gruppen im Innern, wie Juden, Sozialdemokraten, aber auch Katholiken. Die Abwehr (und die Ausgrenzung) von angeblichen gesellschaftlichen Feinden, oder von „Reichsfeinden“, wie Bismarck sie titulierte, trat damit ergänzend neben das äußere Feindbild und diente als gesellschaftliche Klammer und als Identifizierungsmöglichkeit.

Für beides kann die Thronrede Wilhelms II. am 4. August 1914 als abschließender Beleg herangezogen werden: Er sieht Deutschland „umgeben von einer Welt von Feinden“, gegen die das ganze Volk zusammenstehen müsse. Er kennt „keine Parteien mehr“, da Pluralismus das Harmoniebedürfnis einer konsens-unfähigen Gesellschaft stört, er kennt „nur noch Deutsche“.

Der dritte Geburtsfehler schließlich liegt in der Person Wilhelms II., der den Makel seiner verkrüppelten linken Hand durch gesteigertes, ja übersteigertes Geltungsbedürfnis und Prahlerei wett zu machen suchte. An der Spitze eines Staates musste sich solch ein Persönlichkeitsdefizit verheerend auf die Psyche der ganzen Nation auswirken. Andererseits bot

²⁵ Kronprinz Friedrich Wilhelm, Tagebuch, 31. Dezember 1870 Bismarck, Dokumente S. 283

²⁶ Bismarck im Reichstag, 11. Januar 1887 Bismarck, Dokumente S. 285

er aber auch so – nach der beherrschenden Figur seines Großvaters Wilhelm I. - ein Identifikationsbild für das Volk.

Die Außenpolitik des Deutschen Reiches 1871 – 1914

Zeittafel

Bündnis- und Sicherheitspolitik Bismarcks	
1875	"Krieg-in-Sicht-Krise" als Ausdruck der deutsch-französischen Spannungen
1876	Balkankrise infolge eines neuen Aufstandes der Serben gegen die türkische Herrschaft
1877	Krieg Russlands gegen das Osmanische Reich zur Befreiung der Christen auf dem Balkan
Juni/Juli 1878	Berliner Kongress zur Regelung der Verhältnisse auf dem Balkan: Rumänien, Serbien, Montenegro werden selbständig, Österreich erhält das Recht zur Verwaltung Bosniens und der Herzegowina. Bulgarien wird zwar selbständiges Fürstentum, bleibt aber tributpflichtig. Ostrumelien wird von Bulgarien getrennt und erhält innere Autonomie. Russland erhält Bessarabien, und England erhält Zypern.
7. 10. 1879	Deutsch-österreichischer Zweibund
18. 6. 1881	Dreikaiservertrag (Deutsches Reich – Österreich-Ungarn – Russland): Wahrung der Neutralität bei Angriff einer 4. Macht
Okt. 1883	Anschluss Rumäniens an den Zweibund
1885	Bulgarische Krise nach der Besetzung Ostrumeliens durch Bulgarien
1884/85	Deutsch-französische Kolonialentente
Febr./März 1887	Mittelmeerentente zwischen England, Italien und Österreich-Ungarn zur Erhaltung des Status quo im Mittelmeer (gegen russische Bestrebungen auf dem Balkan gerichtet)
18. 6. 1887	Deutsch-russischer Rückversicherungsvertrag
Weltpolitik im Zeitalter Wilhelms II.	

16. 6. 1888	Regierungsantritt Wilhelms II., "persönliches Regiment"
März 1890	Entlassung Bismarcks
1893/94	Abschluss des russisch-französischen Zweibundes
1896	Krüger-Depesche
1898	Wilhelm II. erklärt sich zum "Schutzherrn" der Mohammedaner
1898	Erwerbung Kiautschous (China)
1898	Deutsches Geschwader vor Manila (Philippinen)
1900	Boxeraufstand in China. Deutsche Beteiligung an der Strafexpedition
seit 1897	Tirpitz Staatssekretär des Reichsmarineamtes
1898	Erstes Flottengesetz: Aufbau einer deutschen Schlacht-flotte als Ausdruck des Risikogedankens
Juni 1900	Zweites Flottengesetz
1899	1. Haager Friedenskonferenz, scheitert an der deutschen Ablehnung der Rüstungsbeschränkungen
1898	Faschoda-Krise zwischen England und Frankreich
1904	"Entente Cordiale" zwischen England und Frankreich zum Ausgleich der kolonialen Interessengegensätze
1905	Landung des Kaisers in Tanger Marokko-Konferenz in Algeciras
1906	3. Flottengesetz
1907	2. Haager Friedenskonferenz, scheitert am deutschen Einspruch gegen Abrüstung
1911	"Panthersprung nach Agadir", zweite Marokko-Krise
Der Weg zum Krieg	
1911	Besetzung Tripolis' (heute Libyen) durch Italien
1912	1. Balkankrieg. Angriff Serbiens, Montenegros, Bulgariens und Griechenlands auf das Osmanische Reich
1913	2. Balkankrieg. Serbien, Montenegro, Rumänien und Griechenland verbünden sich gegen Bulgarien. Das Osmanische Reich kann wieder Geländegewinne erzielen.
1912	Haldane-Mission in Berlin 1912, um Deutschland zum Einlenken in der See-Rüstung zu bewegen

1914	
28. 6.	Ermordung des österreichischen Thronfolgerpaares in Sarajewo
5. 7.	"Blankoscheck" der deutschen Regierung an Österreich mit der Zusicherung der Bündnistreue
23. 7.	österreichisches Ultimatum an Serbien
25. 7.	österreichische Teilmobilisierung
26. 7.	russische Teilmobilisierung
28. 7.	österreichische Kriegserklärung an Serbien
30. 7.	russische Gesamtmobilisierung
31. 7.	deutsches Ultimatum an Russland zur Einstellung der Kriegsvorbereitungen
1. 8.	deutsche Kriegserklärung an Russland
3. 8.	deutsche Kriegserklärung an Frankreich
4. 8.	englische Kriegserklärung an Deutschland

Die Stellung des Deutschen Reiches im internationalen Mächtesystem

Die Bündnis- und Sicherheitspolitik Bismarcks

Die Gründung des Deutschen Reiches ließ bei den europäischen Mächten die Befürchtung laut werden, dass durch diese erhebliche Vergrößerung Preußens das europäische Gleichgewicht nachhaltig gestört sei und dass Preußen weitere Kriege zur Eroberung neuer Länder plane. Bismarcks Politik musste sich daher in den ersten Jahren darauf konzentrieren, bei den europäischen Mächten Vertrauen in den jungen deutschen Staat zu gewinnen. Aus diesem Grund verfolgte er eine Außenpolitik, die den Status quo unbedingt anerkannte. Er erklärte 1874, Deutschland sei "saturiert", wolle also keine weitere territoriale Expansion, sondern betreibe eine "Sicherheitspolitik", die den Frieden in Europa erhalte.

Kernpunkt der deutschen Außenpolitik war die Elsass-Lothringen-Frage. Vor allem auf Betreiben der Generalität waren die ostfranzösischen Departements der beiden alten Provinzen Elsass und Lothringen beim Friedensschluss 1871 vom Deutschen Reich annektiert worden. Bismarck musste daher mit einem französischen Revanchekrieg rechnen, der diese territoriale Veränderung wieder rückgängig machen sollte. In der "Krieg-in-Sicht-Krise" 1875 musste Bismarck jedoch erkennen, dass weder England noch Russland einen Präventivschlag gegen Frankreich unterstützen

würden, sondern im Gegenteil darin eine erhebliche Verschiebung des Gleichgewichts auf dem Kontinent sähen.

In der nach dem serbisch-türkischen Krieg von 1876 ausbrechenden Balkankrise (mit einem neuerlichen Krieg Russlands gegen das Osmanische Reich 1877) konnte Bismarck durch einen allgemeinen europäischen Kongress die Kriegsgefahr bannen, indem er als "ehrlicher Makler"²⁷ einen Ausgleich zwischen den beteiligten Mächten suchte. Er konnte damit weiteres Vertrauen in das Deutsche Reich gewinnen, es gelang ihm, weil das Reich auf dem Balkan keine eigenen Interessen verfocht.

Die Ergebnisse des Berliner Kongresses von 1878, der auf dem Balkan fürs erste eine (wenn auch brüchige) Friedensordnung schuf, waren die Voraussetzung für die deutsche Außenpolitik in den folgenden Jahren. Ihr Ziel war es, Frankreich politisch zu isolieren, um ein gegen das Reich gerichtetes Bündnis mit einem anderen Staat zu verhindern. Besonderes Augenmerk galt dabei Russland, dessen Bündnis mit Frankreich das Reich vor einen Zweifrontenkrieg gestellt hätte. Infolge der russischen Verstimmung über den Ablauf und die Ergebnisse des Berliner Kongresses wandte sich Bismarck zunächst einer Sicherung des deutsch-österreichischen Verhältnisses zu.

In einem komplizierten Bündnissystem (siehe Kasten "Konferenzen und Verträge 1879 – 1887") verstand Bismarck das Reich nach allen Seiten abzusichern, indem er teils Spannungen zwischen den Mächten ausnützte, teils vermittelnd wirkte. Das Bündnissystem war, besonders in seinen Kernpunkten Mittelmeer-Entente und deutsch-russischer Rückversicherungsvertrag, die sich eigentlich widersprachen, darauf berechnet, dass durch das System der "Bündnisfall" gar nicht erst eintrat.

Die Folgezeit sollte allerdings erweisen, dass diese Politik nicht fortzusetzen war; bereits vier Jahre nach der Entlassung Bismarcks sah sich das Reich einem französisch-russischen Bündnis gegenüber.

Bismarcks Außenpolitik stand noch ganz in der Tradition der Außenpolitik des 19. Jahrhunderts, die eine Erweiterung von Macht und Einfluss nur unter Bewahrung des Gleichgewichtes der europäischen Mächte zuließ. Insofern war er ein Vertreter der „von Rechtsbewusstsein, Maßhalten und Ruhebedürfnis geprägten Außenpolitik“ (W. Baumgart), für die das Konzert der Mächte zur Erhaltung des Friedens oberste Maxime war.

Andererseits war es die Politik seiner Generation, die liberalen und nationalen Kräfte eher zu unterdrücken, wenn man sie nicht für seine hegemonialen Ziele gebrauchen konnte, als sich mit ihnen im Sinn eines Pluralismus auseinanderzusetzen.

²⁷ Bismarck im Reichstag, 19. Februar 1878 Bismarck, Dokumente S. 321 nach Gesammelte Werke Bd. 11, S. 525

Diese Haltung wurde abgelöst einerseits von dem Bestreben, machtpolitisch zu operieren und den eigenen Einflussbereich kolonialistisch und imperialistisch zu vergrößern – notfalls auch gegen den Nachbarn, andererseits aber mit den liberalen und nationalen Kräften zu einer Übereinkunft zu kommen.

Konferenzen und Verträge 1879 – 1887

Deutsch-österreichischer Zweibund (7. 10. 1879)

Geheimes Defensivbündnis, das die Partner zur gegenseitigen militärischen Hilfe verpflichtete, falls einer von ihnen durch Russland angegriffen würde. Im Fall des Angriffs einer anderen Großmacht (gemeint sind Frankreich bzw. Italien) bestand für den nicht angegriffenen Teil die Verpflichtung zu wohlwollender Neutralität; würde jedoch die angreifende Macht von Russland unterstützt, trat auch dann der Bündnisfall ein.

Dreikaiservertrag

(Deutsches Reich – Österreich-Ungarn – Russland, 18. 6. 1881)

Die drei Mächte sicherten sich für den Fall, dass eine von ihnen mit einer vierten Großmacht in einen Krieg verwickelt würde, wohlwollende Neutralität zu.

Diese Verpflichtung war nicht auf den Verteidigungskrieg beschränkt. Dadurch gewannen Deutschland und Österreich-Ungarn Rückenfreiheit für einen Krieg mit Frankreich bzw. Italien, Russland für einen Krieg mit England. Sollte eine der drei Mächte Krieg gegen die Türkei führen, so galt die Neutralitätspflicht für die anderen nur, wenn vorher eine Einigung über die Ergebnisse dieses Krieges erzielt worden war.

In einem Zusatzprotokoll behielt sich Österreich-Ungarn die volle Annexion der bisher nur besetzten Gebiete Bosnien und Herzegowina vor. Im Gegenzug dazu erklärten sich Deutschland und Österreich-Ungarn einverstanden, wenn "par la force des choses" (durch den Zwang der Umstände) Ostrumelien mit Bulgarien vereinigt würde.

Der Vertrag war ein Geheimvertrag (bis 1914 geheim) und wurde 1884 bis 1887 verlängert.

Rumänischer Anschluss an den Zweibund (Oktober 1883)

Rumänien konnte im Fall eines russischen Angriffs mit deutscher Hilfe rechnen.

Bulgarische Krise 1885

Nach der Besetzung Ostrumeliens durch Bulgarien kam es zum bulgarisch-serbischen Krieg, an dessen Ende Serbien nur durch österreichische Intervention von Gebietsverlusten bewahrt wurde. Russland sah in dieser Intervention einen Bruch des Dreikaisertrags, der die Partner zur Konsultation verpflichtete, bevor sie in Balkanfragen eingriffen.

Aufgrund dieser Verstimmungen wurde bereits 1886 die für 1887 fällige Verlängerung des Dreikaisertrags unmöglich.

Deutsch-französische Kolonialentente (1884/85)

Kongo wurde belgische Kolonie, Handel und Flussschifffahrt in Mittelafrika waren frei. Sie ging zu Ende, als französische Revanchistenkreise an Terrain gewinnen (1886).

Mittelmeerentente zwischen England, Italien und Österreich-Ungarn (12. 2. / 24. 3. 1887)

Geheimabrede, den status quo im Mittelmeer, in der Adria, der Ägäis und im Schwarzen Meer aufrechtzuerhalten, autant que possible; jede Annexion, Okkupation, Errichtung eines Protektorates sollte verhindert werden. Falls die Aufrechterhaltung des status quo nicht möglich wäre, sollte doch jede Änderung nur nach vorheriger Übereinstimmung der drei Mächte erfolgen.

Ergebnis: Deutschland hielt sich aus der Orientfrage heraus und vermied eine eigene Frontstellung gegen Russland. England war mit diesem Vertrag – ohne mit dem Deutschen Reich unmittelbar verbündet zu sein – in das kollektive System der Sicherheit eingebaut.

Deutsch-russischer Rückversicherungsvertrag (18. 6. 1887)

Der geheime Hauptvertrag erneuerte die Bestimmungen des Dreikaisertrags (1881) unter Begrenzung auf Deutschland und Russland; im Fall eines deutsch-französischen Krieges allerdings war Russland nur dann zur Neutralität verpflichtet, wenn Deutschland unprovokiert angegriffen würde. Dasselbe galt entsprechend im Falle eines unprovokierten Angriffs Österreich-Ungarns auf Russland.

Im zweiten Artikel des Zusatzprotokolls verpflichtete sich Deutschland zu wohlwollender Neutralität und zu moralischer und diplomatischer Unterstützung, wenn Russland in der Meerengenfrage aktiv würde.

Mit diesem Zusatzvertrag setzte sich die deutsche Regierung bewusst in Gegensatz zur (von Deutschland unterstützten) Mittelmeerentente, die ja eine Änderung der bestehenden Verhältnisse auf dem Balkan und am Bosphorus ausschließen sollte. Das Ziel der deutschen Politik musste also sein, die Bündnismöglichkeiten so weit wie möglich daraufhin auszuspielen, dass etwaige Konflikte bereits im Vorfeld unter deutscher Vermittlung beigelegt würden, dass aber auch durch die deutsche Vermittlung England oder Russland näher an die deutsche Politik herangeführt würden.

Weltpolitik im Zeitalter Wilhelms II.

Nach der nur 99 Tage währenden Regierungszeit des todkranken Friedrich III. (die Zählung nach dem preußischen Königshaus) trat dessen 29jähriger Sohn Wilhelm II. die Regierung an. Seine Persönlichkeit war von Geltungsbedürfnis geprägt sowie von dem Verlangen, unmittelbare Macht, d. h. ein "persönliches Regiment" auszuüben. Die öffentliche Meinung sah allerdings in der Jugend des Kaisers einen hoffnungsvolleren Ansatz als im Alter des Kanzlers. Wilhelm II. entließ Bismarck im März 1890 nach schwerwiegenden Differenzen über das Kräfteverhältnis zwischen Kaiser und Kanzler sowie über den künftigen Kurs der Politik²⁸.

Der Rückversicherungsvertrag wurde nicht mehr erneuert, obwohl Russland dies wünschte. Statt dessen nahm die russische Regierung die deutsch-englische Annäherung (Tausch Sansibars gegen Helgoland, 1. 7. 1890) als Anzeichen für einen Kurswechsel der deutschen Politik und reagierte mit dem Abschluss des russisch-französischen Zweibundes 1893/94. Damit stand das Reich dem bisher vermiedenen Zweifrontenbündnis gegenüber.

Die nun eingeleitete "Weltpolitik" sollte Deutschland einen festen Platz unter den Weltmächten sichern (einen "Platz an der Sonne") und zielte weniger auf eine Vermehrung der seit 1884 vom Deutschen Reich übernommenen Kolonien als auf die wirtschaftliche Durchdringung unterentwickelter Länder, die noch große Zukunftschancen bieten konnten. Wo immer eine internationale Verwicklung Aussichten auf Vergrößerung des deutschen Einflusses zu bieten schien, griff die Reichsregierung, griff der Kaiser selbst ein:

Ein englischer Angriff auf die südafrikanische Burenrepublik Transvaal (1896) wird von den Buren abgewehrt; der Kaiser telegraphiert dem Präsidenten der Republik, Krüger, die deutschen Glückwünsche zur Vertreibung der Engländer. Die "Krüger-Depesche" erregt in England einen Sturm der Entrüstung.

Um die deutschen Wirtschaftsinteressen im Osmanischen Reich gegen die Teilungspläne der europäischen Mächte zu schützen, erklärt sich Wilhelm II. auf einem Orient-Besuch 1898 zum "Schutzherrn" der 300 Millionen Mohammedaner in der Welt.

In China kann (im Zuge einer Strafexpedition nach der Ermordung deutscher Missionare) das Gebiet von Kiautschou erworben werden (1898), die russischen und britischen Gewinne in China sind aber wesentlich wertvoller.

Während des amerikanisch-spanischen Krieges (1898) kreuzt ein deutsches Geschwader vor Manila (Philippinen). Die amerikanische Presse reagiert empört. Deutschland muss sich mit dem Kauf der Karolinen und Marianen zufrieden geben (1899).

²⁸ Das Entlassungsschreiben Bismarcks Bismarck, Dokumente S. 422

Nach der Ermordung des deutschen Gesandten in Peking im Boxeraufstand (1900) setzt der Kaiser durch, dass das europäische Expeditionskorps von einem deutschen General geführt wird. Seine militärische Wirkung ist allerdings gering.

Das von Bismarck aufgebaute Vertrauen in den Friedenswillen des Deutschen Reiches nahm ab, Abneigung und Misstrauen gegen die Politik Wilhelms II. nahmen zu.

Wilhelm II. glaubte, in der Schaffung einer starken Kriegsflotte die Garantie dieser weltpolitischen Stellung des Deutschen Reiches zu sehen ("Unsere Zukunft liegt auf dem Wasser"). Treibende Kraft dieser Flottenpolitik war neben dem Kaiser vor allem Admiral von Tirpitz, seit 1897 Staatssekretär des Reichsmarineamtes. Die Flottenpolitik hatte über die national betonten "Flottenvereine" einen breiten Rückhalt in der Bevölkerung. Auch der Reichstag nahm 1898 das erste Flottengesetz an.

Tirpitz ließ sich bei den Flottenplänen vom Risikogedanken leiten, nach dem die deutsche Flotte so stark zu sein habe, dass selbst England bei einem Angriff seine eigene Machtstellung gefährdet sehen müsse. Das zweite Flottengesetz vom Juni 1900 verdoppelte dann die Planziffern für den Bau neuer Linienschiffe und sah eine Gesamtzahl von 103 Schlachtschiffen und Kreuzern vor.

Auf der 1. Haager Friedenskonferenz 1899 wurde zwar die Errichtung eines internationalen Schiedsgerichtshofes mit Sitz in Den Haag beschlossen, um eine Schlichtungsinstanz für zwischenstaatliche Konflikte zu schaffen, aber die deutschen Vertreter lehnten die vorgeschlagenen Rüstungsbeschränkungen offen ab. Ein englisches Bündnisangebot im Gefolge der Fasnoda-Krise mit Frankreich (1898 und 1901) wies die Reichsregierung ab, weil sie den Gegensatz zwischen England einerseits, Russland und Frankreich andererseits für unüberbrückbar hielt. Sie glaubte, England durch weiteres Hinhalten zu noch günstigeren Bedingungen zwingen zu können.

Nachdem die englisch-französische "Entente Cordiale" 1904 den Ausgleich zwischen den beiden Kolonialmächten gebracht hatte (Frankreich überließ England Ägypten, England räumte den Franzosen Marokko ein), erhob das Deutsche Reich Einspruch gegen das Vordringen Frankreichs in Marokko. Auf einer Mittelmeerreise landete der Kaiser in Tanger (1905) und versicherte dem Sultan die deutsche Unterstützung. Die Marokko-Konferenz in Algeciras indessen zeigte die Isolierung des Deutschen Reiches, auf dessen Seite als einziger Bündnispartner noch Österreich-Ungarn stand.

Dem auf Kompromissen angelegten Ausgleich der Interessen zwischen England und Frankreich einerseits, England und Russland andererseits (über Zentralasien: Tibet, Afghanistan, Persien) antwortete das Deutsche Reich, das dahinter eine Politik der Einkreisung vermutete, mit verstärkten Flottenrüstungen. Den englischen Dreadnoughts (1905 beschlossen) stellte es mit dem 3. Flottengesetz von 1906 ein neues Flottenbauprogramm entgegen. Die 2. Haager Friedenskonferenz (1907) brachte zwar wichtige Fortschritte bei der Regelung allgemeiner Fragen der Kriegführung (Haager

Landkriegsordnung), die mit ihr verbundenen Verhandlungen über Abrüstung und Einrichtung eines Schiedsverfahrens scheiterten jedoch am deutschen Einspruch. Dennoch bot die britische Regierung ein Abkommen zur Beschränkung der Seerüstung an. Die politische Führung des Reiches wollte das Angebot zunächst annehmen, aber die militärische Führung, besonders Admiral Tirpitz, setzte dann doch ihre Ablehnung durch.

Als Frankreich seine "friedliche Durchdringung" Marokkos fortsetzte, demonstrierte das Deutsche Reich seine Stärke und militärische Präsenz, indem der Kaiser das Kanonenboot "Panther" nach der marokkanischen Stadt Agadir schickte ("Panthersprung nach Agadir" 1911). Die zweite Marokko-Krise brachte jedoch wiederum nur unbedeutende außenpolitische Erfolge (kleiner Gebietsgewinn in Kamerun).

Insgesamt ist die wilhelminische Epoche geprägt von außenpolitischer Kraftmeierei, die jedoch nur Reserviertheit bei den anderen Mächten erzeugte. Das Deutsche Reich erschien als Friedensstörer, die mittlerweile zwischen den anderen Mächten eingeleitete Politik der Verständigung und des Interessenausgleichs wurde vom Deutschen Reich nur mit einer Verstärkung des Risikogedankens und der Rüstung beantwortet. Kaiser und Regierung wollten "Weltpolitik" treiben, das Reich zunächst als gleichberechtigten Partner an die Seite der anderen Großmächte bringen.

Der Erste Weltkrieg

Der Weg in den Krieg

Im Jahr der Zweiten Marokko-Krise, 1911, besetzten italienische Truppen Tripolis und gliederten "Tripolitanien", das heutige Libyen, dem italienischen Königreich als Kolonie ein. Das Osmanische Reich unternahm einen schwachen Versuch der militärischen Reaktion. Die momentane Schwäche des Osmanischen Reiches nutzten Serbien, Montenegro, Bulgarien und Griechenland zum Angriff auf die europäischen Besitzungen des Osmanischen Reiches aus und drängten dessen Besitz bis fast vor Istanbul zurück (1. Balkankrieg 1912). Im folgenden Jahr zerstritten sich die ehemaligen Verbündeten über die Verteilung der Kriegsbeute: Serbien, Montenegro, Rumänien und Griechenland verbündeten sich gegen Bulgarien, dem das Osmanische Reich wieder einen Teil der Gewinne von 1912 abnehmen konnte (2. Balkankrieg 1913).

England und Deutschland traten vermittelnd ein, als Serbien 1912 Albanien beanspruchte, um Zugang zur Adria zu bekommen. Der englische Versuch jedoch, Deutschland zum Einlenken in der Frage der See-Rüstung zu bewegen (Mission des Lord Haldane in Berlin 1912), scheiterte wie alle anderen Versuche, da die deutsche Führung am "Risikogedanken" festhielt. Das Deutsche Reich konnte weder das Bündnis Frankreichs mit England noch das mit Russland aufbrechen. Im Gegenteil: Die Interessenkollision auf dem Balkan zwischen Österreich-Ungarn, Serbien und Russland, bei der die nationale Frage der Slawen vorgeschoben wurde, um machtpolitische Ansprüche zu kaschieren, ließ Serbien als

slawischen Staat Rückhalt bei Russland suchen, das für sich seinerseits die Führungsrolle unter den slawischen Nationalitäten beanspruchte (Panslawismus).

Kernpunkt dieser Interessenkollision war die Stellung der slawischen Bevölkerungsgruppen im österreichisch-ungarischen Vielvölkerstaat. Der seit der Mitte des 19. Jahrhunderts auflebende slawische Nationalismus forderte hier teils die Unabhängigkeit der Slawen (in einem eigenen tschechischen und kroatisch-slowenischen Staat), teils deren staatsrechtliche Gleichstellung mit den Ungarn, die seit 1867 ihren eigenen Staat innerhalb der Doppelmonarchie hatten. Die Slawenfrage wurde aber auch von Serbien zur Wiederherstellung eines "Großserbischen Reiches" benützt, ebenfalls von Russland, das in dieser Frage Partei gegen den österreichischen Staat ergriff. Damit sollte über eine Verstärkung seines Einflusses auf dem Balkan seine Stellung als europäische Großmacht gefestigt werden, außerdem konnte so die seit dem 18. Jahrhundert verfolgte russische Politik, einen ganzjährig eisfreien Hafen und freien Zugang zum Mittelmeer zu erhalten, ein Stück ihrer Verwirklichung nähergebracht werden.

Seit etwa 1910 rüsteten alle Staaten in verstärktem Maße auf, um für den kommenden Waffengang – der unvermeidlich erschien – gerüstet und vorbereitet zu sein. Diesen kommenden Krieg suchte man durch Verhandlungen, teils ernsthaft, teils weniger ernsthaft, zu verhindern; wenn man ihn aber nicht verhindern konnte, dann wollte man ihn mannhaft durchstehen. Der Krieg, so schrecklich er sein mochte, war immer noch ein legitimes Mittel der Politik.

Als dann am 28. Juni 1914 die Schüsse eines serbischen Nationalisten den österreichischen Thronfolger in Sarajewo töteten, war die österreichische Regierung fest überzeugt, dass die serbische Regierung hinter dem Anschlag stehe und politisch dafür verantwortlich sei. Die Gelegenheit erschien günstig, zunächst durch einen regional begrenzten Krieg den "Störenfried" Serbien auszuschalten. Die deutsche Regierung versicherte am 5. Juli den Bündnispartner ihrer Vertragstreue, was von der Geschichtswissenschaft als "Blankoscheck", als eine Rückendeckung bei allen künftigen Maßnahmen angesehen wird. Während des Monats Juli übten deutsche Stellen in Wien ständigen Druck auf die österreichische Regierung aus, um zu verhindern, dass diese weich würde und eine Kompromisslösung ansteuerte. Das österreichische Ultimatum an Serbien vom 23. Juli war von Inhalt und Termin mit der Regierung in Berlin abgesprochen. Seine Erfüllung hätte von Serbien einen Verzicht auf wesentliche Souveränitätsrechte bedeutet, dass Serbien das Ultimatum nicht erfüllen würde, war von österreichischer wie deutscher Seite einkalkuliert. Allen Erwartungen zum Trotz nahm jedoch die serbische Regierung das Ultimatum weitgehend an, was Kaiser Wilhelm II., fast enttäuscht, mit den Worten quittierte: *Aber damit fällt jeder Kriegsgrund fort!* Reichskanzler von Bethmann-Hollweg konnte jedoch diese Bereitschaft zum Einlenken überspielen und Österreich zu Vorbereitungen für den Waffengang drängen.

Der österreichischen Teilmobilisierung am 25. Juli antwortete Russland – in Erfüllung seiner Bündnispflichten gegenüber Serbien – ebenfalls mit Kriegsvorbereitungen (26. Juli). Der österreichischen Kriegserklärung an Serbien (28. Juli) folgte dann am 30. Juli die russische Gesamtmobilmachung. Diese Kriegsvorbereitungen sah Deutschland (zu Recht) als gegen sich gerichtet an, forderte schließlich ultimativ die Einstellung der russischen Mobilmachung (31. Juli) und erklärte am 1. August 1914 den Krieg an Russland. Da das mit Russland verbündete Frankreich seinerseits zu tun erklärte, was Frankreichs Interessen fordern, erfolgte die deutsche Kriegserklärung am 3. August an Frankreich. Der Automatismus der Bündnisse hatte damit innerhalb von 6 Tagen von der österreichischen Kriegserklärung an Serbien den Krieg der Mittelmächte mit Russland und Frankreich nach sich gezogen. Schließlich antwortete England als Garantmacht der belgischen Neutralität auf deren Verletzung mit der Kriegserklärung an Deutschland (4. August). Regierung und Generalität in Deutschland waren sich dieses Risikos voll bewusst.

Der Erste Weltkrieg – ein Überblick

Mit dem Ausbruch und den ersten Wochen des Ersten Weltkrieges trat die Geschichte der Kriegführung in ein neues, nie geahntes Stadium. Die allseitige Hochrüstung der zurückliegenden Jahre vertrug sich nicht mit der althergebrachten Kriegführung, nämlich den Angriff schnell, unter Massierung starker Verbände ins gegnerische Land hineinzutragen und so in offener Feldschlacht den Feind zu besiegen. Das war die preußische Taktik im französischen Krieg von 1870, dieser Taktik folgten die Generalstabs-Planungen auch noch 40 Jahre später. Die Kriegsbegeisterung entsprach in allen Ländern der nationalen Hochstimmung. Im Kampf für Volk und Vaterland vereinigten sich alle Schichten der Völker, die nationalistische Seite des Imperialismus erfasste die Welt wie ein Taumel.

Der Feldzugsplan der deutschen Militärs sah vor, durch Belgien in breiter Front nach Frankreich hinein vorzurücken, Frankreich durch einen massiven Überraschungsschlag innerhalb von zwei Wochen niederzuwerfen und sich dann mit geballter Macht gegen Russland zu werfen ("Schlieffenplan", benannt nach dem General Schlieffen, dann durch Moltke verändert). Dazu musste allerdings die Neutralität Belgiens verletzt werden.

Getreu diesem Plan rückten am 3. August fünf deutsche Armeen über Belgien nach Frankreich vor, wurden aber zwischen dem 6. und dem 9. September 1914 zwischen Paris und Verdun von starken französischen Kräften am weiteren Vormarsch gehindert (Marneschlacht, "Wunder an der Marne"). Die Entstehung einer breiten Lücke zwischen den Frontabschnitten zwang die deutsche Heeresleitung, die Front wieder zurückzunehmen. Weder die deutschen noch die französischen Truppen konnten in der Folgezeit nennenswerte Geländegewinne erzielen, der als Bewegungskrieg begonnene Feldzug wurde zum Stellungskrieg. In diesen Stellungen harrten die Armeen vier Jahre aus, hier entschied nicht mehr

strategisches Geschick und die Intuition eines Feldherrn, hier gab allein die Überlegenheit an Material und Mannschaften den Ausschlag.

Angelpunkt der Kriegführung wurde die französische Festung Verdun. Sie schien im August 1914 eingeschlossen, wurde aber nach dem Rückzug der Deutschen in die Aisne-Stellungen auch im Westen wieder frei. Im Februar 1916 begann der deutsche Angriff auf Verdun, der fünf Monate später mit der Eroberung der Festungsanlagen endete, nach neuer, zweimonatiger Schlacht waren sie aber im Dezember desselben Jahres wieder französisch.

Der Krieg im Osten begann überraschend schnell mit dem russischen Angriff auf Ostpreußen, der aber in der Schlacht von Tannenberg (26. – 30. 8.) und in der Schlacht an den masurischen Seen (6. – 15. 9. 1914) zurückgeschlagen werden konnte. Erst im Sommer 1916 konnte die russische Armee eine größere Gegenoffensive gegen die eindringenden Deutschen und Österreicher führen, doch zeigte sich hier schon die brüchige Struktur des zaristischen Heeres. Ab Juli 1917 waren die Armeen der Mittelmächte im Osten auf breiter Front im Vormarsch.

Im Seekrieg konnte die deutsche Flotte nicht die Überlegenheit entfalten, die ihr in der Flottenpolitik der vorausgegangenen Jahre zugesprochen worden war. Nach der Schlacht bei den Falkland-Inseln (8. 12. 1914), mehr noch nach dem unentschiedenen Ausgang der Seeschlacht vor dem Skagerrak (31. 5./1. 6. 1916) verlagerte sich die deutsche Seekriegführung mehr und mehr auf den U-Boot-Krieg. Die deutsche Marine führte den Krieg auch gegen Handelsschiffe, die unter dem Verdacht standen, Kriegsgerät zu transportieren. Die Versenkung des amerikanischen Passagierschiffes "Lusitania" am 7. Mai 1915 zog massive amerikanische Proteste nach sich; sie verfehlten aber auf Dauer ihre Wirkung, da der U-Boot-Krieg für die deutsche Heeresführung die einzige Waffe darstellte, den Nachschub der Kriegsgegner zu stören. Die Erklärung des "uneingeschränkten U-Boot-Krieges" am 1. Februar 1917 hatte zunächst den Abbruch der diplomatischen Beziehungen der USA zum Deutschen Reich zur Folge, am 6. April 1917 schließlich erklärten die USA ihren Kriegseintritt.

Damit standen den mehr und mehr verbrauchten deutschen Truppen im Westen die frischen amerikanischen Truppen mit der fast unüberwindlichen Überlegenheit des Materials gegenüber. Die deutsche Kriegswirtschaft musste den Rohstoffmangel durch die Einführung von Ersatzstoffen – bis hin zu Papierverbänden statt Baumwoll-Mull – ausgleichen. Die Einrichtung einer der zivilen Gewalt konkurrierenden militärischen Verwaltung führte zur Diktatur der Obersten Heeresleitung (OHL) und zum Primat der militärischen Erfordernisse. So wurden auch die Friedensbemühungen der zivilen Regierung im Ansatz erstickt, blieb die Friedensinitiative des Reichstags ein papierenes Bemühen, das sich gegen die Allgewalt der OHL nicht durchsetzen konnte.

Die Diskussion um die Kriegsziele

Die Diskussion in den zurückliegenden Jahrzehnten der Geschichtswissenschaft drehte sich hauptsächlich um den Punkt der deutschen Beteiligung am Ausbruch des Krieges. Die Positionen reichen dabei von der willentlichen Anzettelung des Krieges als Mittel zur Durchsetzung der deutschen Weltmacht als dem einen Extrem bis zum bloßen Hineinschlittern in einen militärischen Konflikt, den eigentlich niemand richtig gewollt hatte, als dem anderen Extrem.

Im Vorwort zu seinem Buch "Griff nach der Weltmacht" stellte der Historiker Fritz Fischer drei Hauptpunkte der Kontroverse dar:

1. Zwischen der deutschen Politik im Zeitalter der "Weltpolitik" und den Kriegszielen des kaiserlichen Deutschland während des Krieges besteht ein Zusammenhang.
2. Die Neuinterpretation der deutschen Politik im Juli 1914 hebt den deutschen Anteil an der Auslösung des Ersten Weltkrieges stärker hervor, als es in der traditionellen deutschen Anschauung geschieht.
- 3 Die deutsche Politik im Krieg ist kontinuierlich, ist Kriegsziel- und keine Friedenspolitik, die auf Kriegsziele weitgehend verzichten würde.

Die Argumentationen stützen sich einerseits auf die deutschen und österreichisch-ungarischen Akten, nicht nur der Julikrise 1914 selbst, sondern auch auf die Akten der vorangehenden Jahre. Sie zeigen das konsequente deutsche Drängen zum Krieg. Andererseits wird als wesentliche Quelle – sowohl mit dem, was sie berichtet, als auch mit dem, was sie verschweigt – das Tagebuch Kurt Riezlers, des engsten Beraters von Reichskanzler Theodor von Bethmann-Hollweg, herangezogen.

Maßgeblich für die Auffassung von der deutschen Alleinschuld am Krieg sind die deutsche Publizistik der wilhelminischen Zeit, die Großmachtstreben und Krieg befürwortet, ja fast fordert, dann die deutschen Kriegsvorbereitungen im Juni und Juli 1914 und schließlich die Zielvorstellungen für die deutsche Kriegführung, wie sie Reichskanzler Theodor von Bethmann-Hollweg im September 1914 formulierte. Sie zielten auf Annexionen zur Abrundung und Sicherung des Staatsgebietes sowie auf die Schaffung eines mitteleuropäischen Wirtschaftsraumes unter deutscher Führung (Mitteleuropa-Gedanke), wobei der Kriegsgegner Frankreich auf Dauer so geschwächt werden sollte, dass in absehbarer Zukunft keine Gefahr mehr von ihm ausgehen konnte. Dieses Programm hat seine Vorläufer in der Propaganda nationalistischer Kreise vor 1914, so zum Beispiel des Flottenvereins und des Alldeutschen Verbandes, weshalb ein unmittelbarer Einfluss auf die Politik der Regierung wahrscheinlich ist. Gerade in den Äußerungen dieser beiden Verbände zeigt sich auch die größte Verwandtschaft zum nationalsozialistischen Programm (Lebensraum, Rasse).

Den Überlegungen zur deutschen Kriegszielpolitik steht die Tatsache gegenüber, dass alle beteiligten Mächte in der ersten Phase des Krieges bereits mehr oder weniger ausführliche Überlegungen angestellt hatten, zu welchen Bedingungen der Völkerordnung diese Auseinandersetzung

führen sollte; ihnen steht auch das vielfältige Geflecht von politischen Zwängen – innen- wie außenpolitisch – auf allen Seiten entgegen. Die ausführliche Diskussion um diesen Punkt kann an dieser Stelle nicht wiedergegeben werden, sie ist in dem Umfang auch nicht Stoff des Unterrichts und würde den Rahmen dieser knappen Übersicht sprengen.

Selbst unter Berücksichtigung der günstigsten Position bleibt für die deutsche Reichsleitung die Verantwortung, den Krieg nicht verhindert zu haben. Sie hat vielmehr – so Fritz Fischer – *den österreichisch-serbischen Krieg gewollt und gedeckt ... und, im Vertrauen auf die deutsche militärische Überlegenheit, es im Juli 1914 bewusst auf einen Konflikt mit Russland und Frankreich ankommen lassen*. Die Prioritäten lagen zunächst bei der siegreichen Beendigung dieses Krieges. Wurde er wider Erwarten doch verhindert (indem Frankreich oder gar Russland den Krieg nicht annahm), dann war auf jeden Fall die Entente, das Bündnis England-Frankreich-Russland, damit zu sprengen. Diese Konsequenzen waren zwar nicht dem deutschen Volk in seiner nationalen Begeisterung (und in der subjektiv völlig richtigen Empfindung, seit Jahren "eingekreist" worden zu sein) bewusst, wohl aber den maßgeblichen Politikern in Deutschland und Österreich.

Sebastian Haffner: "Die sieben Todsünden des Deutschen Reiches im Ersten Weltkrieg"

Einen wesentlichen Aspekt für die Beurteilung der deutschen Niederlage liefern die Thesen, die Sebastian Haffner 1964 über die deutsche "Schuld" am, oder besser gesagt, im Ersten Weltkrieg formulierte. Er fasste seine Betrachtung in griffigen sieben Thesen zusammen:

1. Die Weltpolitik des wilhelminischen Deutschland war nicht mehr geprägt vom Willen, in einem System von gleichberechtigten Nationen den Frieden zu sichern, sondern davon, sich einen "Platz an der Sonne" zu erobern.
2. Die Planung der deutschen Generalität für den Kriegsfall erschöpfte sich im "Schlieffenplan", der die Verletzung der belgischen Neutralität und den Angriff auf Frankreich vorsah, unabhängig, wo und aus welchem Anlass der Krieg ausbrach. Ein Aufmarschplan für einen Ost-Feldzug wurde gar nicht mehr ausgearbeitet. Mit der Verletzung der belgischen Neutralität aber zog sie auf jeden Fall England in den Krieg mit hinein, obwohl noch im Sommer 1914 Verhandlungen über Neutralität und Interessenausgleich geführt worden waren. Dazu kommt als strategischer "Fehler", dass die Revision des Schlieffenplans eine Schwächung des rechten Flügels zugunsten der elsässischen Armeen vorsah. Diese Schwächung aber war (unter anderem) verantwortlich für das Scheitern des Vormarsches.
3. Wie das belgische Problem des Jahres 1914 von Kurzsichtigkeit zeugt, so legt die deutsche Planung während des Krieges, was Belgien und Polen angeht, Zeugnis von der weiteren Realitätsferne ab. Belgien sollte

bei einem Sieg des Deutschen Reiches annektiert, Russisch-Polen zu einem selbständigen Königreich erhoben werden; das eine war für die USA, das andere für Russland indiskutabel – beides schnitt die Verständigungsmöglichkeiten, die das Kriegsjahr 1916 bot, ab.

4. Die Führung des uneingeschränkten U-Boot-Krieges verstieß nicht nur gegen jedes Völkerrecht, sondern war auch durch die Einführung des Geleitzug-Systems durch die Entente-Mächte wirkungslos geworden.
5. Mit der Stützung des bolschewistischen Systems durch Deutschland – Lenin reiste im April 1917 aus Zürich mit deutscher Unterstützung über Schweden nach Russland, die Parteiarbeit wurde weitgehend von Deutschland finanziert – gelang zwar eine weitere Schwächung und Destabilisierung des russischen Kriegsgegners, aber die politische Fehleinschätzung der bolschewistischen Revolution (als kurzfristige "abenteuerliche Episode") erwies sich als folgenschwer.
6. Der Friede von Brest-Litowsk mit dem sozialistischen Russland hätte die Chance eröffnet, die gesamte deutsche Armee nach Westen zu werfen und dort den Ausgang des Krieges (vielleicht) zu entscheiden. **Statt dessen** besetzte die deutsche Armee große Teile Russlands (**Weißrussland**, Ukraine) und erfüllte damit eigentlich sowohl die Landhunger zeigenden Forderungen der Alldeutschen als auch – im Vorgriff – die Lebensraum-Propaganda der Nationalsozialisten zwanzig Jahre später. Der Friede von Brest-Litowsk als "Verstümmelungsfriede" ist ein Vorspiel zu dem Deutschland auferlegten Friede von Versailles.
7. Mit der Überschrift "Der wirkliche Dolchstoß" überschreibt Haffner das letzte Kapitel. Hier bezieht er sich auf die "Dolchstoßthese", nach der die sozialdemokratische Revolutionsregierung im November 1918 eigenmächtig und ohne dass das Heer besiegt worden sei um einen Waffenstillstand nachgesucht habe. In Wirklichkeit aber hat sich die militärische Führung im September/Oktober 1918 sehr schnell aus der politischen Verantwortung hinausgestohlen, als die Niederlage zu offensichtlich geworden war. Vertreter der politischen Gruppierungen, die bis dahin keinerlei Verantwortung für Krieg und Frieden übernehmen durften, mussten jetzt für die Niederlage und den Waffenstillstand mitsamt dem Friedensvertrag verantwortlich zeichnen. Der Weg war damit frei für die antidemokratische Propaganda der Dolchstoß-These.

Quellen

Das Nationalitätenproblem in Österreich 1848 – 1918. Ausgew. und eingel. v. Hartmut Lehmann und Silke Lehmann. Historische Texte der Neuzeit 13. Göttingen 1973

Der Verfassungskonflikt in Preußen 1862 – 1866. Ausgew. und eingel. v. Jürgen Schlumbohm. Historische Texte der Neuzeit 10. Göttingen 1970

Die Schleswig-Holsteinische Frage (1862 – 1866). Ausgew. und eingel. v. Klaus Malettke. Historische Texte der Neuzeit 5. Göttingen 1969

Otto von Bismarck. Dokumente seines Lebens. H. v. Heinz Wolter. Leipzig 1986, desgl. Frankfurt/M. 1986.

Literatur